

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/639

"Haushaltsplan 2019/2020; hier: Ausbau des "Eine Welt-Promotorinnenprogramms" zur Förderung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit (Kap. 02 03 Tit. 682 53)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/639 vom 14.03.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1760 des HA vom 27.03.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2040 vom 15.05.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 15.05.2019 (EPL 2)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Margit Wild SPD**

**Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausbau des „Eine Welt-Promotorinnenprogramms“ zur Förderung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Beteiligung des Freistaates am bundesweiten Promotorinnenprogramm zur Förderung der Eine-Welt-Arbeit in Bayern wird deutlich verstärkt.

Dafür werden im Kap. 02 03 (Allgemeine Bewilligungen) die Mittel im Tit. 682 53 (Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, insbesondere der Eine-Welt-Arbeit) in jedem Jahr um 40,0 Tsd. Euro angehoben.

Damit steigen die Ansätze in 2019 auf 288,8 Tsd. Euro und im Jahr 2020 auf 316,4 Tsd. Euro.

Begründung:

Die entwicklungspolitische Inlandsarbeit ist ein wesentliches Element für Entwicklungspolitik. Durch schulische und außerschulische Bildungsarbeit sowie Kooperation mit Gruppen aus der Eine-Welt-Arbeit soll Entwicklungspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verankert werden. Diesem Ziel dient auch die 2014 vom Bayerischen Landtag beschlossene Beteiligung am bundesweiten Promotorinnenprogramm zur Förderung der Eine-Welt-Arbeit, das Bund und Länder gemeinsam finanzieren (60:40).

Die in Bayern bislang geschaffenen zwei Promotorenstellen zur Beratung, Vernetzung und Qualifizierung der Eine-Welt-Arbeit in den Regionen reichen angesichts der Größe des Freistaates und der erfreulicherweise zahlreichen in der Eine-Welt-Arbeit engagierten Initiativen und Gruppen nicht aus. Das zeigt auch der Vergleich mit unserem Nachbarland Baden-Württemberg, das 20 Promotorinnen finanziert. Es ist deshalb nicht nur angezeigt, das Programm weiterzuführen, sondern auch durch zusätzliche zwei Stellen zu stärken.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltspolitik 2019/2020;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei**

Berichterstatter: **Harald Kühn**

Mitberichterstatter: **Ludwig Hartmann**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 02 03 Tit. 685 53 wird der Ansatz
in 2019
von: 12.300,0 Tsd. €
um: 500,0 Tsd. €
auf: 12.800,0 Tsd. €
erhöht.
2. Bei Kap. 02 03 Es wird ein neuer Tit. 686 02 „Zuschuss für den Bayerischen Soldatenbund“ ausgebracht und
in 2019 mit 200,0 Tsd. € dotiert.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungs-ermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Alexander König, Dr. Franz Rieger u.a. CSU
Haushaltspolitik 2019/2020;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen - Förderung der Arbeit des Handwerkerschul-Projekts „BINA“ des Orienthelfer e. V.
im Libanon
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 18/928

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Alexander König, Johannes Hintersberger u.a. und Fraktion (CSU)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerische Militärtradition erhalten - Förderung des Bayerischen Soldatenbundes
(Kap. 02 03 neuer Tit. 686 02)
Drs. 18/929

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausbau des "Eine Welt-Promotorinnenprogramms" zur Förderung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/639
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Verdoppelung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/778
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Dauersubventionierung des Lokalfernsehens beenden
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 18/779
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/847
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
(Kap. 02 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/848

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume einschl. Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft
(Kap. 02 03 Tit. 517 51)
Drs. 18/849
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/850
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, insbesondere der Eine-Welt-Arbeit
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/851
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Akademie der Bayerischen Presse e. V.
(Kap. 02 05 Tit. 686 01)
Drs. 18/853
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Bayerische Akademie für Fernsehen und Digitale Medien
(Kap. 02 05 Tit. 686 02)
Drs. 18/854
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung im Medienbereich
(Kap. 02 05 Tit. 686 03)
Drs. 18/855
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 18/867
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Planmäßige Beamte
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/868

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
(Kap. 02 01 Tit. 428 01)
Drs. 18/869

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 02 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 14. Sitzung am 27. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FDP: Enthaltung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 02 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltplan 2019/2020;
hier: Keine Verdoppelung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/778
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltplan 2019/2020;
hier: Dauersubventionierung des Lokalfernsehens beenden
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 18/779
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltplan 2019/2020;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/847
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltplan 2019/2020;
hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
(Kap. 02 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/848

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltplan 2019/2020;
hier: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume einschl. Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft
(Kap. 02 03 Tit. 517 51)
Drs. 18/849
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltplan 2019/2020;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/850
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltplan 2019/2020;
hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, insbesondere der Eine-Welt-Arbeit
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/851
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Akademie der Bayerischen Presse e. V.
(Kap. 02 05 Tit. 686 01)
Drs. 18/853

- | | |
|--|--|
| <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltspol 2019/2020; hier: Zuschüsse an die Bayerische Akademie für Fernsehen und Digitale Medien (Kap. 02 05 Tit. 686 02) Drs. 18/854</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltspol 2019/2020; hier: Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung im Medienbereich (Kap. 02 05 Tit. 686 03) Drs. 18/855</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayer, Florian von Brunn u.a. SPD Haushaltspol 2019/2020; hier: Ausbau des „Eine Welt-Promotorinnenprogramms“ zur Förderung entwicklungs-politischer Inlandsarbeit (Kap. 02 03 Tit. 682 53) Drs. 18/639</p> | <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltspol 2019/2020; hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen (Kap. 02 03 Tit. 536 04) Drs. 18/867</p> <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltspol 2019/2020; hier: Planmäßige Beamte (Kap. 02 01 Tit. 422 01) Drs. 18/868</p> <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltspol 2019/2020; hier: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Kap. 02 01 Tit. 428 01) Drs. 18/869</p> |
|--|--|

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Abg. Martin Böhm

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Ludwig Hartmann

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Florian Streibl

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Martin Hagen

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Alexander König

Abg. Tobias Gotthardt

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 02

für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/928, 18/929),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/778, 18/779),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/847 mit 18/851, 18/853 mit 18/855),

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 18/639),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/867 mit 18/869)

Der Herr Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass seine Rede circa 20 Minuten dauern wird. Es kann daher auch bei der Aussprache zu diesem Einzelplan die Gesamtredezeit der Fraktionen nach der Festlegung im Ältestenrat von einer Stunde und 31 Minuten zugrunde gelegt werden. Somit entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können 4 Minuten sprechen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass von der FDP-Fraktion zu deren Änderungsantrag auf Drucksache 18/867 betreffend "Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen" namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner erhält Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder das Wort.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Welt ist unsicherer geworden. Überall macht sich Ängstlichkeit breit. Überall gehen Steuereinnahmen zurück. Über Rotstifte wird diskutiert. Regierungen schwächeln. Anderswo treten sie zurück. Es gibt instabile Mehrheiten. Wenn ich mir den internationalen Trend ansehe, kann ich nur eines sagen: Bayern ist dagegen stabil. Bayern ist dagegen stark. Bayern ist das positive Gegenmodell zur Verunsicherung in Europa, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern geht es gut. Bayern wächst. Bayern ist attraktiv. Bayern koppelt sich bei den Steuereinnahmen vom Bundestrend ab. Die Arbeitslosenquote liegt unter 3 %. Das ist nahezu Vollbeschäftigung – ein einmaliger Wert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Bei uns haben junge Menschen die besten Zukunftschancen überhaupt. Unternehmen suchen nach jungen Menschen, nach jungen Arbeitskräften und Lehrlingen. Bei uns – das wurde in den letzten Tagen schon gesagt – steigen sogar die Steuereinnahmen, während sie überall sonst zurückgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann, ohne zu übertreiben, nur eines sagen: Bayern ist eines der erfolgreichsten Länder der Welt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern wächst. Ein Land, das wächst und Zuwachs hat, braucht auch Versorgung. In den letzten Tagen wurde Kritik am Haushalt geäußert, dieser sei zu groß und aufgebläht. – Ja, meine Damen und Herren, wenn Bayern größer wird und mehr Menschen in Bayern leben, dann müssen diese Menschen auch versorgt werden. Deswegen wird auch der Haushalt größer. Man stelle sich mal Folgendes vor: Wir haben einen enormen Zuwachs an Menschen, an Kindern und Familien, und der Staat würde genau in einer solchen Zeit den Haushalt schrumpfen. Wenn ich das sagen darf: So einen Unsinn machen wir nicht! Wir bilden das ab, was die Menschen von uns erwarten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Haushalt ist wie das Blutbild einer Gesellschaft. Demnach ist Bayern "megafit", wie Frau Schulze sagen würde.

(Heiterkeit bei der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Die Kennzahlen: keine Schulden, alte Schulden tilgen, höchste Investitionsquote, stabile Personalquote! Ich glaube, ich darf das sagen: Das ist ein Premiumhaushalt, den Parlamentsmehrheit und Staatsregierung hier präsentieren. Mein herzlicher Dank für die Vorbereitung geht ganz besonders an unseren Finanzminister Albert Füracker, der dieses Kunst- und Meisterwerk auch präsentiert hat. Ein herzliches Dankeschön dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt gibt es aber Kritik: Gut, Bayern wächst, aber die Rücklagen werden weniger. – Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen heute zum ersten Mal und nach Rücksprache mit dem Finanzministerium bekannt geben: Bayern gibt nicht nur Geld aus, Bayern wirtschaftet auch gut. Der Haushaltabschluss für 2018 steht fest. Achtung, neue Zahlen: Wir haben im letzten Jahr einen Überschuss von 4,2 Milliarden Euro erwirtschaftet, meine Damen und Herren.

(Alexander König (CSU): Wahnsinn!)

Mit 4,2 Milliarden Euro, die direkt in die Haushaltsrücklage gehen, wird zum Ende des Doppelhaushalts 2020 die Rücklage bei 6,5 Milliarden Euro stehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir machen keine Schulden, wir zahlen alte Schulden zurück. Wir investieren. Aber was ganz wichtig ist: Wir haben damit auch ein sicheres Polster, um in unsicheren Zeiten immer wieder gegensteuern zu können. Wissen Sie, was damit gewährleistet und eine ganz zentrale Aufgabe des Staates ist? – Der Freistaat Bayern lebt finanziell nicht an der Kante, sondern der Freistaat Bayern behält im

Gegensatz zu unglaublich vielen Ländern und Regionen seine Unabhängigkeit, seine Selbstständigkeit. Sein Landtag kann aus eigener Kraft mit eigenen Mitteln nachsteuern. Das ist der Unterschied zu anderen Parteien, Demokratien und Ländern in Europa.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ist das jetzt Zufall, Lotterie oder Glück, Hubert würde sagen: "Dusel"?

(Allgemeine Heiterkeit)

Nein, meine Damen und Herren. Dies ist harte Arbeit. Dies ist das Ergebnis langfristiger Politik und neuer Weichenstellungen, die vorgenommen werden. Wir dürfen in Bayern eines nie werden: Wir dürfen nicht satt werden. Wir dürfen nicht müde werden. Manchmal ist es so, dass sich viel ändern muss, damit es so bleibt, wie es ist. Stillstand ist die schlechteste Form von Politik. Deswegen hat die neue Staatsregierung sehr bewusst entschieden, einen Gleichklang von Stabilität und zugleich Erneuerung herzustellen.

Wir haben – das darf ich ausdrücklich sagen – als Koalition von CSU und FREIEN WÄHLERN einen Start hingelegt, wie ihn sich andere Regierungen wünschen würden, zumindest einmal, was die Art der Regierungsbildung betrifft, und das nicht nur auf die Geschwindigkeit bezogen, sondern auch auf den Umgang. Ich glaube, auch wenn man sich am Anfang finden musste, war eines klar: Die Staatsregierung insgesamt, die Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN, arbeitet effektiv und nachhaltig. Wissen Sie, warum? – Weil hier zwei Fraktionen zusammenarbeiten, die ähnliche und gleiche bürgerliche Grundüberzeugungen haben. Wir quälen uns nicht Woche für Woche, um von völlig unterschiedlichen Positionen aus Minimalkompromisse zu erzielen, sondern wir können als einheitliches starkes Team mit gemeinsamen Grundüberzeugungen in Deutschland klare bürgerliche Politik machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das unterscheidet uns von vielen anderen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Ich sage da meiner Fraktion und dem Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer, den Mitgliedern des Kabinetts, aber auch ganz bewusst den Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER mit Hubert Aiwanger und Herrn Streibl an der Spitze ausdrücklich Danke schön. Ich finde, wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten in schwierigen Phasen und auch an einigen Weggabelungen, die wir zum Zeitpunkt, als wir diese Koalition geschlossen haben, noch nicht ahnen konnten, gut bewährt. Dies gibt mir Anlass zu Optimismus, gibt mir Anlass zu sagen, dass diese Koalition, die in Deutschland ja einzigartig ist und die es sonst nirgendwo gibt, nicht nur eine Koalition für das schöne Wetter, sondern auch eine für unsichere Zeiten ist. Meine Damen und Herren, ein herzliches Dankeschön für die gute Zusammenarbeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe in den letzten Tagen gehört und gelesen, der Haushalt sei von Wahlgeschenken geprägt. – Nun, meine Damen und Herren, etwas wundere ich mich schon. Zum einen wundere ich mich, wenn ich in den Wahlprogrammen anderer lese, darüber, was da von der Opposition die letzten Tage schon gefordert wurde. Was soll dann das sein? – "Nachträgliche Geschenke", oder was meint man damit? – Ich halte "Wahlgeschenke" für den falschen Terminus technicus. Was wir, ganz im Gegensatz dazu, gemacht haben: Wir tun das, wovon wir überzeugt sind. Meine Damen und Herren, wir halten das, was wir versprochen haben. Glaubwürdigkeit ist der entscheidende moralische Maßstab der Politik. Diesen Maßstab haben wir mit diesem Doppelhaushalt klar eingehalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein zentrales Beispiel dafür ist die Familie. Familie ist ja nicht irgendetwas, sondern deren Unterstützung ist zentrale Aufgabe eines Staates. Da geht es um Lebensqualität. Da geht es um Chancen für Kinder, für Frauen und für Familien. Da geht es um die

Frage, wie wir Work-Life-Balance so organisieren, dass wir eine optimale Stärkung unserer Wirtschaft mit allen Möglichkeiten dort haben, aber gleichzeitig auch mit einer guten Familienplanung.

Was unsere Familienpolitik ausmacht und was uns als Familienkoalition kennzeichnet: Wir haben keine einseitig fixierten Familienbilder. Wir haben einen breiten Ansatz. Wir bauen die Betreuung massiv aus. Wir gewähren Zuschüsse, um die Gebührenfreiheit im weitesten Sinne zu ermöglichen. Mit dem Familiengeld setzen wir bewusst ein Signal für Wahlfreiheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über 300.000 Kinder und deren Familien profitieren beispielsweise von dem Familiengeld. Wenn man alles zusammennimmt, dann erhalten die Eltern in Bayern pro Kind von der Geburt bis zur Einschulung 10.000 Euro. Das ist kein Geschenk, sondern ein guter Start ins Leben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das zu kritisieren, fällt mir schwer. Ich habe übrigens auch noch keinen Brief von Eltern bekommen, die sich beschweren, dass wir das tun, sondern in der Regel ist es ein Dankeschön. Manchmal ginge noch ein bisschen mehr, aber die Eltern bedanken sich. Vor allem diejenigen, die in den letzten Monaten zugezogen sind, erleben den besonderen Unterschied, weil sie erleben, wie Familienpolitik woanders stattfindet und wie sie bei uns in Bayern praktiziert wird.

Das sagt auch sozusagen nicht nur die Familie – die Kleinsten –, sondern das sagen auch die Älteren. Was wurde unser Landespfegegeld kritisiert! Unmöglich! Was bringt das Ganze? – Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf deutscher Ebene diskutieren wir derzeit über Grundrentenmodelle. Ich kann nur eines sagen: Die Grundrente kann eine gute Idee sein. Ein solches Modell, wie es aber jetzt diskutiert wird – eine Grundrente zu finanzieren, indem man in die Sozialkassen greift, möglicherweise steigende Beiträge bei einer abflachenden Konjunktur in Kauf nimmt und sozusagen linke

Tasche, rechte Tasche praktiziert –, wollen wir in Bayern allerdings nicht. Rentenpolitik ist viel zu sensibel, um sie unehrlich zu machen. So etwas lehnen wir ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Bayerische Pflegegeld wird derzeit für 340.000 Menschen und deren Angehörige auf den Weg gebracht. Wer da einmal die Briefe, die Rückmeldungen von Menschen – völlig unerwartet – erlebt, ist gerührt. Da sehen Menschen auch einen Teil ihrer Lebensgeschichte abgebildet. Wenn man die Durchschnittsrente in Bayern nimmt, entsprechen die 1.000 Euro Landespfegegeld de facto einer Rentenerhöhung von über 8 %.

Meine Damen und Herren, uns in der Koalition und mir hat man oft vorgeworfen: Wir sind zu wenig sozial. Wir sind zu technokratisch. Wir setzen nur auf Digitalisierung, Innovation. – Mit Familiengeld und Pflegegeld beweisen wir, dass das soziale Herz bei uns in Bayern an der richtigen Stelle ist. Ein Land braucht nicht nur digitale Strategien, sondern es braucht auch soziale Wärme, und das leistet diese Koalition wie keine andere in Deutschland. Das ist, glaube ich, der richtige Weg, und deswegen setzen wir das fort.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In all den Haushalten, die vorgestellt werden, wird eine Bilanz gemacht. Ob gestern bei der Bildung und bei der Sicherheit oder gerade eben bei der Wirtschaft – überall ist unser Land gut unterwegs. Es ist keine Frage, wir sind sehr gut. Selbstlob allein würde in einer solchen Rede aber sicherlich nichts bringen, genauso wenig wie Dauerkritik um der Kritik willen etwas bringt.

Wir stehen natürlich vor Herausforderungen. Der zentrale Begriff, der uns in allen Politikfeldern herausfordert, heißt Wachstum, und zwar in beide Richtungen. Wir wollen Wachstum; wir haben letzte Woche bei einem anderen großen Thema, bei einer gro-

ßen gesellschaftlichen Herausforderung darüber gesprochen, wo wir noch eine Menge Arbeit haben, das in allen Teilen der Gesellschaft wirklich durchzusetzen, umzusetzen – beim Volksbegehr. Aber Wachstum mit Sinn, was bedeutet das? Das heißt, Wachstum zu erhalten, aber auch Wachstum zu steuern.

Wachstum zu steuern, ist im Moment eine der großen Aufgaben, die wir haben. Das geht bei Wohnungen und Verkehr. Ich denke, dass man tatsächlich sagen kann, das Thema fehlende Wohnungen oder bezahlbarer Wohnraum und das Thema Verkehr sind mit der größte Stressfaktor, den wir in Bayern haben – nicht nur in München, gleichwohl hier im Großraum ganz besonders. Jetzt könnte man in der Analyse zurückblicken, wo die Fehler gemacht wurden. In München geht das relativ schnell, könnte man sagen: nicht beim derzeitigen Oberbürgermeister, aber davor – zu spät reagiert, zu niedrig gebaut, zu lange Verfahren; mein Gott!

Der öffentliche Nahverkehr – wenn wir diskutieren, was man tun muss –: In München hat man U-Bahn-Referate abgeschafft. Parteien wie die GRÜNEN waren zum Beispiel lange gegen die zweite Stammstrecke und haben damit auch verzögert und verhindert.

Meine Damen und Herren, ich sage das jetzt nicht, um heute die Verantwortung für die Zukunft zu diskutieren, aber für die politische Hygiene muss man schon einmal feststellen – ich bin immer wieder beeindruckt –: Man sagt, der Haushalt sei zu teuer, fordert aber in jeder Pressemitteilung mehr Geld. Man hat selber alles Mögliche getan, um zu verhindern, und greift uns an, warum nichts passiert ist. So kann man Politik nicht glaubhaft machen und auf Dauer erfolgreich sein.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Genau! Schizophren!)

Wir wollen in beiden Fällen natürlich einen Schulterschluss mit den Kommunen. Wir werden bald einen Wohnungsgipfel haben. Wir haben den Verkehrsgipfel mit den Kommunen schon auf den Weg gebracht, denn wir wissen auch: Die Kommunen kön-

nen die Probleme nicht allein lösen. Es ist schon eine bayernweite Aufgabe, zusammenzuarbeiten.

Beim Wohnen ganz klar – wie geht es? –: Bauen, bauen, bauen, aber intelligent. Im Doppelhaushalt sind insgesamt fast 2 Milliarden Euro vorgesehen für das, was wir selber bauen, aber auch mit einem ganz großen kommunalen Wohnraumförderprogramm. Wir wollen dabei klug, ökologisch und klimaschonend bauen und entsprechende Plätze und Möglichkeiten nutzen, ohne die Nachverdichtung zu übertreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir wollen die Bayerische Bauordnung radical entschlacken. Wir wollen eine Mietpreisbegrenzung, die funktioniert in Bayern, vor dem Sommer auf den Weg bringen, und mit der Sozialbindung, die wir für 60.000 Mieter durch die Verlängerung der Fristen erhalten, sorgen wir bei vielen Menschen für stabile Mieten.

Wir sind da auf dem Weg, aber eines sage ich Ihnen auch: Jeder, der glaubt, die Alternative zum Bauen sei die Enteignung vorhandener Wohnungen, begeht einen schweren Fehler. Meine Damen und Herren, wer enteignet, schafft keine einzige neue Wohnung, schreckt Investoren ab und wird den Menschen etwas vorgaukeln, das niemals zu erfüllen ist. Eine Enteignung ist immer der falsche Weg!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch beim Verkehr, beim ÖPNV, denke ich, stimmt die Linie. Der ÖPNV-Gipfel, moderiert von unserem Minister für Bau und Verkehr Hans Reichhart, war ein wichtiger Schritt nach vorne. Es gibt zwar noch viele Fragen, aber für uns ist klar: mehr Strecken, ein besserer Takt, mehr Fahrzeuge, günstigere Tarife. Das gibt es übrigens alles auch nicht zum Nulltarif. Natürlich könnten wir appellieren. Wir könnten Verpflichtungen aufschreiben. Der Unterschied zwischen Bayern und anderen ist aber: Wir halten nicht nur ein Stück Speck ins Schaufenster. Wir machen auch keinen Gipfel und fordern auf, sondern sprechen – wie ich es gerade auch gesagt habe – miteinander auf Augenhöhe in respektvoller Form.

Wir werden neben der zweiten Stammstrecke neue Strecken brauchen. Wir brauchen Landbusse, Ringexpressbahnen, mehr Busse – 2.000 Busse, 50 U-Bahnen schaffen wir an. Ein deutlich besserer Takt: Wir stärken jetzt alle Verkehrsverbünde – nicht nur den Münchener; das war erst der Beginn, und das war letztes Jahr eine etwas schwierige Angelegenheit, die aber auf einem guten Weg ist – entsprechend ihren Fahrgastzahlen, damit jeder in Bayern die gleichen Möglichkeiten hat.

Wir planen den Einstieg in das 365-Euro-Ticket für Schüler und Auszubildende. Davon könnten 900.000 junge Menschen in Bayern profitieren. Wir machen das Angebot an die Verbünde: Zwei Drittel der Kosten würde der Freistaat Bayern übernehmen, und wer will, kann sogar ab Herbst starten.

Ich sage eines: Das ist Investition in den ÖPNV. Das ist genau der richtige Weg. In anderen Ländern wird ein Fahrverbot als einzige Form der Regelung des öffentlichen Verkehrs genannt. Wir bieten einfach einen besseren ÖPNV an. Das ist der Unterschied, und das ist das erfolgversprechendere Modell.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

Wir steuern also Wachstum im Rahmen unserer Möglichkeiten. Wir brauchen aber schon auch noch weiteres Wachstum.

Sie werden erleben, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie schnell sich Debatten in Deutschland drehen, wenn wirtschaftliche Entwicklungen plötzlich einmal anders sind. Übrigens kann man ein solches Wachstum nicht dosieren. Man kann es nicht auf einen Punkt abstellen, was dem Staat jetzt am liebsten wäre. Entweder es geht rauf, oder es geht runter.

Die Frage – und das schließt sich jetzt auch an den überzeugenden und authentischen Bericht unseres Wirtschaftsministers an – ist: Wie stellen wir uns denn in der nationalen Konjunkturdebatte auf? Denn als ein Land mit exportorientierten Unterneh-

men sind wir natürlich nicht eine abgeschottete Oase, sondern wir sind in die Prozesse eingebunden. Die Konjunktur in Deutschland kühlt sich in der Tat ab. Warum? – Es gibt externe Faktoren – der Brexit wurde angesprochen, der massive und sehr schwierige Streit USA/China, dessen Auswirkungen, wenn das weitergeht, gar nicht hoch und schwierig genug einzuschätzen sind –, aber auch die internen Diskussionen. Jetzt geht es langsam los, und der eine oder andere sagt: Ja, Automobil, wenn die Branche schwächelt, ist das schwierig für uns, gerade im ländlichen Raum bei den mittelständischen Unternehmen. Meine Damen und Herren, so etwas darf uns nicht mehr passieren. Bei unserer wichtigsten Leitindustrie gibt es sicher Veränderungsbedarf; aber wie nachhaltig und mit welcher Lust in Deutschland viele politische Parteien die letzten zwei Jahre alles getan haben, um diese Leitindustrie zu beschädigen, ist unglaublich. Das kann nicht im Ernst unsere Wachstumsphilosophie für die Zukunft sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Blick zurück bringt aber nichts. Das weiß auch ich. Aber eines dürfen wir jetzt nicht tun, nachdem wir lange zu wenig gemacht haben: Es reicht nicht, weiter Däumchen zu drehen, zurückzublicken, zu ignorieren oder einfach zu glauben, dass man in einer Zeit, in der der Wettbewerb außen härter wird, mit sozialistischen Ladenhütern der Siebzigerjahre kommen kann. Ich will dafür niemanden verhaften, aber Herr Kühnert gilt als der nächste große Vorsitzende der SPD. Da ich Mitglied in einer Koalition auf Bundesebene bin, muss ich schon sagen: Wenn einer fordert, dass eine Firma wie BMW, die zu den erfolgreichsten Firmen gehört und – das muss man ehrlich sagen – die ein Markenbotschafter für Bayern in der ganzen Welt ist, verstaatlicht werden müsse, dann kann ich nur sagen: Abgesehen davon, dass die Idee wirr ist, und abgesehen davon, dass Betriebsräte, die früher die Kernklientel der SPD waren, sagen, dass diese Partei nicht mehr wählbar sei, waren die letzten großen verstaatlichten Autokonzerne die, die die Trabis hergestellt haben. Ein Denken im Trabiformat wollen wir in Bayern nicht. Das ist nicht unser Stil, und das ist nicht die Zukunft in unserem Land.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Also: Nicht enteignen, sondern entlasten, nicht nur verteilen, sondern erwirtschaften, nicht Leistung bremsen, sondern Leistung fördern, das muss das Ziel sein.

Drei Dinge sind es, die uns in den nächsten Wochen und Monaten intensiv beschäftigen werden. Das Erste ist tatsächlich das Thema Steuern. Es gibt nach wie vor die Idee in Deutschland, dass mit höheren Steuern – ich glaube, es gibt einige hier im Haus, die nicht der Koalition angehören, aber die Meinung teilen – auch höhere Einnahmen erzielt werden könnten. Es ist aber immer so gewesen – und das bleibt auch so –: Wenn man Steuern erhöht, hat man Investitionsbremsen, Zurückhaltung und Verlagerungen und am Ende weniger Steuereinnahmen. Gerade in einer Phase, in der die Konjunktur unsicher ist und in der die Wirtschaft überlegt – das wurde gerade zu Recht angesprochen –, Investitionen zurückzuhalten, sollen wir jetzt ein falsches Signal setzen, einen draufsetzen und noch mehr Steuern verlangen? Sollen wir sagen: Am besten gebt ihr gleich alles ab? Oder wollen wir mit einer anderen Steuerpolitik, der Steuerpolitik der Entlastung, ein Signal setzen, damit das ersparte Geld investiert wird? Investitionen sind die beste Voraussetzung für eine gute Konjunktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Deswegen brauchen wir den Steuerdreiklang. Wir müssen den Soli abbauen, nicht irgendwann, sondern rasch. Den Soli nicht abzubauen, wäre meiner Meinung nach verfassungswidrig. Den Soli nur für 90 % der Menschen abzubauen, wird wahrscheinlich vor Gericht nicht bestehen. Meine Verfassungsexperten sagen, dass das eine äußerst schwierige Geschichte sei. Jetzt sagt man, es gehe um die Superreichen. Der Finanzminister sagt, bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 61.000 Euro müsse man keinen Soli mehr zahlen. Ich muss ehrlich sagen: 61.000 Euro sind sicherlich ein gutes Einkommen, aber mit einem zu versteuernden Einkommen von 61.000 Euro ist man in Bayern jedenfalls kein Superreicher. Deswegen ist unser klarer Wunsch und auch unsere klare Meinung: Der Soli gehört abgebaut. Wir alle waren solidarisch; aber wenn er abgebaut wird, dann für alle in gleicher Weise und nicht nur für einige.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Und vollständig!)

Ich komme zu den Unternehmensteuern. Wir haben viele Mittelständler, wir haben aber auch Großbetriebe. Für die großen Betriebe spielt die Kombination von Unternehmensteuern und Energiepreisen eine existenzielle Rolle. Das betrifft die Standortfrage. Wir müssen deshalb auch die Unternehmensteuern international anpassen.

Was wir nicht wollen, sind Steuerexperimente mit Bayern. Eine verkorkste Grundsteuer, so wie sie auf dem Tisch liegt, führt zur Einstellung von mehr Finanzbeamten. Ich schätze Finanzbeamte sehr, auch ich habe viele eingestellt. Aber 2.000 neue Finanzbeamte einzustellen, nur um Grundstücke zu bewerten, ist nicht zielführend. Nach jetziger Planung müssten Zelte aufgestellt werden, um sie unterzubringen. Das ist bürokratisch und nicht akzeptabel. Ich sage Ihnen ehrlich: Eine Grundsteuer, die am Ende dazu führt, dass wir mehr Mitarbeiter brauchen, wir alle paar Jahre höhere Steuern haben und am Ende die Mieten steigen werden, gerade bei uns in den Ballungsräumen, ist schlichtweg falsch. Das wollen wir nicht, und das werden wir auch nicht unterstützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind in einem kritisch-konstruktiven Dialog und hoffen, dass wir ein Ergebnis erzielen können. Übrigens ist das Gegenargument, man wolle keinen Flickenteppich – Stichwort: Länderöffnungsklausel –, nicht zutreffend. Wir haben überall Flickenteppiche. Die Gewerbesteuer ist ein Flickenteppich. Ich käme nie auf die Idee, den Kommunen das Recht zu nehmen, ihre Hebesätze zu regeln. Auch bei der Grundsteuer gibt es diesen Flickenteppich. Um Gottes willen! Das wäre ein Eingriff in die kommunale Hoheit. Gerade die kommunale Vielfalt ist wichtig. Darum wundern wir uns, dass das zum Thema gemacht wird.

Ein Letztes noch: Es gibt das Argument, im Nordosten müsse genauso besteuert werden wie im Süden. Das sei eine Frage der nationalen Gerechtigkeit. Ich habe Ver-

ständnis dafür. Ich sage aber umgekehrt auch, dass im Süden ein bestimmtes Gefühl aufkommt. Wir haben immer mehr Menschen, bekommen aber statt einer Entlastung jeden Tag Vorschläge, ob wir nicht noch zusätzlich etwas machen könnten. Das wird auf Dauer nicht erfolgreich sein. Wir haben nun einmal andere Wohnungsmärkte, andere Preisbindungen, und wir haben andere Herausforderungen als die, vor denen Rostock oder Duisburg stehen. Es braucht nicht jeder das Gleiche, sondern jeder braucht das, was für ihn das Richtige ist. Deswegen sage ich als Ministerpräsident zum Thema Grundsteuer: Es geht uns nicht um Sturheit, sondern es geht um die Frage, was für Bayern das Richtige ist. Wir sind dem Freistaat Bayern verpflichtet, und deswegen muss sich der Süden in diesem geplanten Gesetz wiederfinden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Hubert, ich bin dir sehr dankbar für deinen starken Einsatz beim Thema Energie. Das ist tatsächlich eine Zukunftsfrage. Wir in Bayern haben uns nämlich daran gewöhnt, dass wir ausreichende und günstige Energie haben. Energie ist überhaupt kein Problem.

Aber gestatten Sie mir einen kleinen Blick zurück. Bayern war deswegen viele Jahrzehnte nicht so stark, weil es keine gute Energieversorgung hatte. Es war die große Leistung der Generation Strauß, das zu ändern. Jetzt besteht die ganz große Gefahr, dass genau die gleiche Situation eintreten könnte, wie sie in den Fünfzigerjahren war. Ich sehe die Gefahr, und alle roten Lampen müssen aufleuchten. Es gibt in Deutschland im Moment jedenfalls kein nachhaltiges, schlüssiges Konzept für eine bezahlbare Stromenergie. Wir steigen aus der Kernenergie aus, ohne einen Ersatz zu haben. Wir steigen verständlicherweise aus der Kohleenergie aus. Als Ersatz dafür werden Beträge von 100 Milliarden Euro und mehr diskutiert, aber nicht als Ersatz für die Energie, sondern als Unterstützung für die Regionen. Eines muss ich Ihnen sagen: Abgesehen davon, dass auch Bayern keinen Ersatz für den Ausstieg aus der Kernenergie bekommen hat und wir sehr solidarisch sind – bevor wir solchen Summen zustimmen können, möchten wir schon wissen, wohin national die energiepolitische Reise geht. Wir

wollen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit, was die Preise angeht. Alles andere macht keinen Sinn.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für uns hat der Klimaschutz höchste Priorität. Da soll sich keiner täuschen. Bayern will hier Vorreiter sein. Wir akzeptieren das Ziel, und wir wollen im Jahr 2050 die Klimaneutralität erreichen. Es wird aber eine Menge Arbeit kosten, das zu schaffen; denn Klimaschutz ist unzweifelhaft notwendig, weil der Klimawandel da ist. Jeder, der über die Frage diskutiert, ob der Klimawandel mehr vom Menschen verursacht ist oder von anderen Faktoren abhängt, dem kann ich nur sagen: Am Ende ist das wahrscheinlich wurscht. Die Frage ist, ob wir uns auf das Experiment in der Hoffnung einlassen, dass der Klimawandel an uns vorbeizieht. Einige Wissenschaftler sehen den Klimawandel anders als die große Mehrheit. Die überwältigende Mehrheit sagt, dass es eine fundamentale Veränderung gibt. Nicht darauf zu reagieren, wäre eine Sünde an unseren Kindern und Kindeskindern. Wer in Verantwortung ist, muss sich der Situation stellen. Deswegen wollen wir etwas für den Klimaschutz erreichen. Wir werden auch eine eigene Klimaschutzstrategie vorlegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber Klimaschutz darf nicht nur ein Projekt von kosmopolitischen Eliten sein. Klimaschutz muss so organisiert sein, dass jeder mitkommt, auch die sozial Schwächeren. Klimarevolutionen bekommt man durch Innovationen. Klimasteuereformen müssen eher motivierend statt strafend erfolgen. Übrigens haben wir in Deutschland bereits seit vielen Jahren eine CO₂-Steuer, nämlich die Ökosteuer, die Rot-Grün eingeführt hat. Das ist ein wenig vergessen worden.

Die Ökosteuer hat zu vielen Mehreinnahmen geführt, aber – soweit ich mich in Statistiken auskenne – nicht zu einer massiven Senkung von CO₂, weil am Ende immer Folgendes passiert: Eine einseitige Steuerbelastung führt beispielsweise bei Benzin und Mineralöl dazu, dass diejenigen, die es sich weniger leisten können, dadurch ein

Stück ärmer werden und das Land für die Stadt mitbezahlt, da dort auf Dauer die Möglichkeiten anders als in den Städten sind. Deswegen ist unser Ansatz: Eine einseitige CO₂-Steuerbelastung auf Kosten der kleineren und mittleren Einkommen ist der falsche Weg. Wir glauben, dass es besser ist, Anreize zu schaffen, um CO₂ zu sparen, als immer nur Steuern vorzusehen und zu strafen. Das ist der falsche Ansatz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden uns bei den Themen Klima und Klimastrategie mit dem Bund abstimmen. Wir werden dieses Thema auch bei uns im Kabinett abbilden. Da stehen wir zu unserer Verantwortung.

Es sei aber nochmals gesagt, weil mir das wirklich wichtig ist: Klimapolitik kann man singen und hüpfen. Ich muss ehrlich sagen: Ich respektiere es sehr, dass uns da die jungen Leute einen harten Auftrag mitgeben. Das finde ich mehr als in Ordnung. Sie rütteln uns wach. Aber es liegt an uns, daraus ein Konzept zu bilden. Das nur nachzuplappern, ist für einen Politiker zu wenig. Er muss etwas bieten. Heute schreibt die "Süddeutsche Zeitung" – ich glaube, Nico Fried –, beim Thema Klimaschutz seien schon so viele Wetten gemacht worden, aber ohne jede Gültigkeit. Da seien bereits immer wieder x Ziele verschoben worden. Wenn man ein Ziel nicht schaffe, neige die Politik in der Regel dazu, ein noch höheres Ziel zu setzen, allerdings so weit weg, dass es für die aktive Generation auf keinen Fall erfüllbar sei. Davor warne ich.

Ich sage ganz ehrlich: Wir müssen uns überlegen, wie wir am Ende Ambition und Machbarkeit in ein vernünftiges Konzept, ein verlässliches Konzept bringen, ohne in Jahresraten zu hüpfen, sondern indem wir das Ganze langfristig angehen. Ich möchte für Bayern eines, nämlich ein nachhaltiges Klimamanagement anstatt eine puristisch-moralische Klimaideologie. Das ist der Unterschied zu unserer Philosophie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch ein Wort zu dem angesprochenen Energiekonzept, woran wir arbeiten und das wir mit dem Bund zu verzahnen versuchen: Wir müssen das EEG dringend reformieren. Ich glaube schon, dass wir schlachtweg ein leistungsfähiges Netz brauchen, aber so bürgerfreundlich wie möglich. Wir brauchen Gas als Ersatz. Wissen Sie, was mir auffällt? – Die Kernkraftwerke sind oder werden stillgelegt; das ist in Ordnung. Kohlekraftwerke werden stillgelegt; das ist verständlich. Gaskraftwerke gibt es schon. Die sind noch nicht am Netz.

Deutschland entwickelt sich zum Weltfriedhof für Kraftwerke. Egal, ob sie sinnvoll sind oder nicht, eines muss uns klar sein: Als Bayerischer Landtag, der wir der bayerischen Bevölkerung verpflichtet sind – nicht jemand anderem –, müssen wir immer daran denken, wie wir eine klimaverträgliche und klimafreundliche Energiepolitik der Zukunft schaffen. Dazu ist eigentlich alles gesagt. Aber eines möchte ich noch betonen: Das ist eine fundamentale Aufgabe, bei der im Moment Verschiebungen stattfinden. Ich bin sehr dafür, dass wir im Norden Deutschlands alle Potenziale, auch den Wind, nutzen. Aber wenn es in Deutschland am Ende so aussieht, dass die gesamte Energiewertschöpfung nur im Norden ist, während die einzige Leistung des Südens das Bezahlten ist, dann wird auf Dauer das Wohlstandsgefälle sehr verschoben.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Selbst der baden-württembergische Ministerpräsident, der nun wirklich kein Mitglied der CSU ist, sieht das ähnlich. Deswegen werden wir ein gemeinsames Kabinett bilden, weil wir der festen Überzeugung sind, dass es eine gemeinsame Südkonzeption braucht, um hier in Deutschland Akzente zu setzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): So ist es!)

Zur Forschung und Innovation: Ich war noch nie so überzeugt wie in diesen Zeiten, in denen wir leben, dass jetzt darüber entschieden wird, ob wir auf Dauer wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Ich weiß, dass dies alles exponentiell schnell geht. Das ist für uns

Politiker und für unsere Verwaltung eigentlich gar nicht fassbar. Wir denken immer noch linear, von Sitzung zu Sitzung, von Woche zu Woche, in Kästchen. Das ist alles in Ordnung. Das hat sich bewährt. Das ist schon 100 Jahre gut gelaufen.

Aber da finden derzeit Revolutionen statt, und wir müssen Angst haben, nicht dabei zu sein. In der Summe ist das ein bisschen wie im Fußball. Jetzt werden Sie sagen: Gut, als Nürnberger ist man da ein bisschen leidgeprüft. Aber hätte man mehr Geld gehabt und mehr Geld eingesetzt – wer weiß, wie es ausgegangen wäre? Im Champions-League-Vergleich ist es ganz genauso. Wer nur sagt, die Jugend sei gut dabei, ist vielleicht nicht ganz oben. Ist es der bayerische Anspruch, nur gut dabei zu sein? Reicht das unserer Bevölkerung? Ich habe diese Woche den Medien entnommen – ich glaube, dem ZDF –, dass China in den nächsten Jahren 134 Milliarden in die künstliche Intelligenz investiert. Deutschland setzt dagegen wuchtige drei Milliarden Euro dafür ein. Das ist ein Verhältnis von 34 : 3. Bei einem Vergleich mit dem Fußball könnte man sich denken, wie es ausgeht.

Wir sind bei der Digitalisierung besser, als wir manchmal selber reden. Natürlich müssen wir die Situation noch verbessern, sodass jeder Hof am Netz ist und auch der Mobilfunk klappt. Dabei hoffe ich, dass jeder mitmacht, also nicht nur jammert, sondern vor Ort mithilft, damit man Antennen aufstellen kann; denn ich finde es jedes Mal beeindruckend, dass dann, wenn wir hier über fehlende Antennen reden, vor Ort gegen neue Antennen demonstriert wird. Da müssen wir schon entscheiden, welche gemeinschaftliche Position wir im Bayerischen Landtag haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber bei der digitalen Transformation einen Schritt weiterzugehen, das ist die Schlüsselfrage. Künstliche Intelligenz, Robotik, Supercomputing, NewSpace und Technologieführerschaft in der Mobilität, das sind die Schlüsselfragen für das Überleben in der Zukunft. In der bayerischen Geschichte gab es immer wieder solche Weichenstellungen. Franz Josef Strauß hat die Entscheidung getroffen, die Luft- und Raumfahrt zu

etablieren. Edmund Stoiber machte den Schritt in die Hightech-Offensive. Wir stehen vor der nächsten großen Stufe. Deswegen haben wir uns entschieden, dieses Konzept zu erstellen. Im Herbst werden wir entscheiden, was wir tun können. Ja, wir sind besser ausgestattet als andere. Deswegen ist entscheidend: klotzen statt kleckern.

(Zuruf von der SPD: Wann fliegen Sie auf den Mond?)

– Wissen Sie, auf dem Mond ist normalerweise nur die SPD, weil sich dort, wo es einsam ist, die SPD einfindet. Das ist Ihr Platz, Herr von Brunn, auf der Rückseite des Mondes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit – Alexander König (CSU): Dort ist es aber kalt!)

Verzeihung, das war nur eine liebevolle Antwort.

Wir werden uns da entscheiden. Da müssen wir uns auch entscheiden. Da werden wir eher klotzen statt kleckern müssen. Die Frage wird sein: Schaffen wir es, dass die besten Köpfe auch zu uns kommen wollen? – An der Stelle gibt es letztlich nur eine Möglichkeit, nämlich die Frage: Schaffen wir es, erfolgreich zu sein? Oder schauen wir zu, wie andere Standards, Produkte und riesiges Kapital entwickeln, bei denen wir vielleicht noch nicken können oder auch nicht? Ich neige nicht zu der These, die manch einer vertritt: Wegen der Digitalisierung fallen viele Arbeitsplätze weg. Ohne Digitalisierung werden wir bei den Arbeitsplätzen der Zukunft nicht dabei sein. Ich sage Ihnen, das ist mein Amtsverständnis: Auch diese Koalition wird alles daran setzen, neben dem Erhalt und der Bewahrung von Traditionen die moderne Sichtweise und Perspektive in diesem Jahrhundert zu ermöglichen. Wer vor einigen Tagen Chinas Präsentation der neuen Seidenstraße erlebt hat, hat festgestellt: Hundert Staatschefs werden eingeladen und klatschen Beifall, in der ganzen Welt wird gekauft und eingekauft.

Bei aller Partnerschaft und Freundschaft sollten wir nicht nur das abnicken, was woanders herkommt, sondern aus Selbstachtung und in Wertschätzung unserer Demokratie müssen wir auch technologisch und wirtschaftlich stark bleiben, um international mitzuspielen zu können. Wir in Bayern wollen das.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nur noch einige der Dinge, die unsere nächsten Jahre prägen werden. Was macht diesen Start der Staatsregierung und der sie tragenden Mehrheit im Landtag aus? Was prägt uns? – Zunächst einmal gilt es, dahin gehend mit Vorurteilen aufzuräumen, was wir nicht sind. Wir sind nicht spießig, aber auch nicht überdreht. Wir sind keine Hinterwäldler, aber auch keine gestressten Stadtneurotiker, wie der eine oder andere so ist. Wir sind vor allem weder ideologisch noch radikal. Wir sind bodenständig und weltoffen, neugierig und traditionell, Entdecker und Bewahrer zugleich.

Natürlich können wir es nicht allen recht machen. Wir versuchen aber, die Balance zu halten, Ausgleich zu suchen und damit das Gemeinwohl zu fördern. Im Endeffekt muss eine Staatsregierung immer die bayerische Seele in der Mitte treffen, und zwar die traditionelle bayerische Seele und diejenige, die dazuwächst. Das Bayern-Gen zu haben bedeutet nicht nur, hier geboren zu sein, sondern es bedeutet gleichzeitig, einen Beitrag zu leisten, dass dieses großartige Land vorankommt. Die Staatsregierung will, dass sich das Bayern-Gen in unserem Land durchsetzt.

(Beifall bei der CSU)

Wir versuchen, das zu schaffen. Letzte Woche waren Prinz Charles und Camilla da. Sie waren sehr beeindruckt. Hubert Aiwanger und ich hatten dann am Abend Gelegenheit, intensiv mit ihnen über unterschiedliche Themen zu reden, die beide sehr interessant fanden. Das war sehr beeindruckend.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Ja, wir haben uns klar geäußert. Aber es ist auch eine Frage, wie Bayern in der Welt gesehen wird. Das spielt eine Rolle. Unser Bayern wird gesehen als sympathisch, als leistungsfähig, als modern und trotzdem irgendwie auch als traditionell. – Ein Journalist fragte mich: Warum habt ihr keinen Computer geschenkt, sondern eine Lederhose? – Nun, ein Computer wäre eine tolle Idee, aber davon gibt es genügend. Lederhosen gibt es aber nur bei uns in Bayern.

Unser Weiß-Blau ist ganz entscheidend. Das sind die Farben von Optimismus und Leistungskraft. Es sind Farben, mit denen die Menschen Hoffnungen verbinden. Für unsere jungen Leute – das sage ich ausdrücklich –, für die nächste Generation also, gilt: Wenn eine Chance besteht, sein Glück zu machen in einem Land, das die Möglichkeiten dazu bietet, alles zu werden, was man will, und wenn ein Land die Chance bietet, sich zu entfalten und seine Talente zu realisieren, Neues zu erleben und gleichzeitig in einer der wundervollsten Landschaften der Welt zu leben mit einer Mentalität insgesamt, wie wir sie nur in Bayern haben, die genau zum Land passt und einen Zukunftsoptimismus zulässt, bedeutet das sehr viel. Die Bayerische Staatsregierung wird sich bis zum Zerreißen die Mühe machen, dem Anspruch dieses Landes gerecht zu werden: Bayern ist stärker als andere Länder. Deshalb muss auch eine Regierung mehr leisten und mehr Engagement zeigen.

Wir, die Koalition von CSU und FREIEN WÄHLERN, wollen es und mit diesem Haushalt schaffen, das nächste Kapitel der bayerischen Erfolgsgeschichte zu eröffnen. Wir strengen uns an, und wir setzen uns ein. Ich füge hinzu: Bayern ist das coolste Land, und das soll es auch bleiben.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenfrage erhält der Kollege Böhm von der AfD das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Den Optimismus in Weiß-Blau mag ich zu teilen, wenn Sie unter dem Blau den kleinen roten Haken erkennen.

(Heiterkeit bei der AfD – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sehr lustig!)

Aber Spaß beiseite. Ich will noch einmal auf den Anfang Ihrer Rede kommen. Sie sprechen von einer Zuführung von 4,2 Milliarden in die Rücklage. Da ist mir nicht ganz klar, ob in der Summe von 6,5 Milliarden Rücklage, die Sie da benennen, die geplanten Entnahmen bereits saldiert sind. Sollten sie saldiert sein und die 6,5 Milliarden stehen, dann frage ich, wie lange 6,5 Milliarden Euro ausreichen, wenn wir den bayrischen Staatshaushalt im Zug eines internationalen Abschwunges konsolidieren und stützen müssen. Welche Reste bleiben dann noch übrig, um die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen und die Konjunktur zu stabilisieren?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Genau richtig; es ist dann saldiert. Die Rücklagen wachsen dann wieder an. Es gab hier im Hohen Haus ja schon die Diskussion über die Frage, was herausgenommen wird und wie klein die Rücklagen dann sind. Sie sind mit Abstand die höchsten aller Bundesländer. Jetzt haben wir das Polster von 6,5 Milliarden. Damit sind wir gut gerüstet. Trotzdem sollte man genau überlegen, für was man das Geld ausgibt.

Was mich bei Ihrer Frage zu einer Antwort reizt, ist Folgendes: Wir in Deutschland neigen dazu, unglaublich ängstlich in die Zukunft zu schauen, vielleicht nicht Sie persönlich; das weiß ich nicht, aber insgesamt. Wir fragen: Reicht es, wenn es schlechter wird? – Verdammt noch mal! Es kann doch nicht unser Ziel sein, Prognosen des Abschwungs einfach nachzuvollziehen, sondern man muss sich überlegen, wie man in einer Krise reagieren kann. Allein mit den insgesamt 42 Milliarden für Bildung und Forschung im Haushalt setzen wir ein unglaublich wuchtiges Signal, damit sich Bayern nicht abkoppelt. Warum ist es so, dass es uns in Bayern etwas besser geht, als es im nationalen Trend der Fall ist? – Wir sind einfach attraktiver. Das heißt, wir müssen

immer Geld einsetzen, um attraktiv zu sein, und dann werden wir auch besser sein und brauchen auch weniger Mittel für andere Dinge aufzunehmen. So einfach ist die Situation.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer zweiten Intervention hat der Kollege Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder, gestatten Sie auch mir, ein bisschen Witz in die Debatte einzubringen. Ich habe den schweren Verdacht – das meine ich positiv –, dass der Aloisius nicht mehr im Hofbräuhaus bei einer Mass sitzt, sondern längst bei Ihnen in der Bayerischen Staatskanzlei. Das, was Sie uns heute sagten, war ja so etwas wie eine göttliche Eingebung. Es war Musik in meinen Ohren, als Sie sagten, wir wollten Schulden abbauen und Rücklagen bilden. Wir wollten keine neuen Schulden machen, den Haushalt aber trotzdem vergrößern und den Ofen der sozialen Wärme weiterhin beheizen. Ganz toll und in meinen bürgerlichen Ohren wirklich sehr entscheidend war – ich glaube, das auch für den Bürger draußen sagen zu dürfen –, dass Sie keine neuen Steuern wollen, sondern Sie wollen die Bürger und die Wirtschaft vielmehr von Steuern entlasten. Das ist ausgezeichnet.

Sie haben uns aber nicht verraten, was Ihnen der Aloisius ins Ohr geflüstert hat. Mit welchen Geheimnissen arbeiten Sie? Wie wollen Sie es bewerkstelligen? Viele der Zuständigkeiten liegen beim Bund und nur die weniger in Bayern. Damit sind die Spielräume für die Entlastung doch relativ gering. Sie haben uns aber sicherlich noch etwas dazu zu sagen. Ich bin ganz gespannt darauf.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Ja, dazu habe ich etwas zu sagen: Unser Haus ist in der Tat sehr gut bestellt. Klar kann man alles kritisieren, und die nachfolgenden

Redner werden sicherlich viele Punkte finden, wo man noch besser werden könnte. Das ist zulässig.

Umgekehrt aber ist Bayern auch ein Teil Deutschlands, und wir bestimmen die deutsche Politik mit. Hubert Aiwanger hat vorhin in seinem Bericht mehrfach darauf hingewiesen, wo wir uns einspreizen müssen und wo wir uns in der Vergangenheit auch immer erfolgreich eingespreizt haben. Das ist ebenfalls ein Erfolgsmodell von Bayern, dass wir nicht nur darauf warten, bis Berlin eine Entscheidung trifft, die dann wohlwollend zur Kenntnis genommen wird, sondern dass wir uns überlegen, im Vorfeld kooperativ zu sein.

All die Fragen der Steuerpolitik zielen in diese Richtung. Schauen Sie sich doch einmal Folgendes an – das mögen mir die Kollegen von den FREIEN WÄHLERN verzeihen –: Bei der Grundsteuer haben wir den gewissen Vorteil, dass es in Bayern eine Partei gibt, die auch in Berlin Regierungsparтиe ist und nur bayerisch denkt. Sie ist aus Bayern heraus stark. Eine Grundsteuer wäre schon längst verabschiedet, gäbe es – die Kollegen mögen mir noch einmal verzeihen – die CSU nicht, denn dann hätten wir im Länderverbund schon längst wieder zustimmen müssen. Dieser Mix macht manchmal einen kleinen minimalen Standortvorteil Bayerns aus. Es ist also für die Bayern ganz gut, dass es die CSU gibt. Das kann man so zusammenfassen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Mir liegen keine weiteren Zwischenbemerkungen vor. Die unwesentlich überschrittene Redezeit wird bei den anderen Fraktionen angerechnet.

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, sage ich dem Herrn Ministerpräsidenten vielen herzlichen Dank. – Als Nächster hat der Kollege Ludwig Hartmann von den GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns GRÜNE freut es, dass wir den Rücklagen mehr zuführen können. Im letzten Jahr 2018 sind 4,2 Milliarden Euro übrig geblieben. Das ist eine gute Nachricht für unser Land.

Sie sprechen hier zu Recht von einem Rekordhaushalt. Sie haben einen Rekordhaushalt präsentiert, was die reinen nackten Zahlen angeht. Aber trotz dieses Rekordhaushalts schaffen Sie es nicht, die Weichen in Richtung für mehr Klima-, Arten- und Naturschutz in diesem schönen Lande zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie präsentieren dank der gut laufenden Wirtschaft in unserem Land einen Haushalt mit Rekordeinnahmen. Trotzdem packen Sie die entscheidenden Themen, die nach einer anderen Politik schreien, nicht an. Ich rede von den Themen Klimaschutz und Gerechtigkeit in unserem reichen Land. Denn auch im reichen Bayern geht es nicht überall gerecht zu. Da haben wir große Baustellen, die wir endlich anpacken müssten. Dort wäre das Geld deutlich besser investiert. Ich möchte es an einem Bild deutlich machen: Es darf doch in einem so wohlhabenden Land keine Rolle spielen, ob die Mama Zahnärztin oder Flüchtling ist. Genauso darf es keine Rolle spielen, ob ich in München lebe oder in Baierbach, was die Chancen angeht. Da haben wir noch einiges zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben sehr oft das Wort "Wachstum" in den Mund genommen. Ich habe nicht mitgezählt, aber Sie haben es sicher ein Dutzend Mal erwähnt. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wachstum ist nicht alles. Was bringt uns der größte wirtschaftliche Erfolg, wenn wir auf dem Weg dorthin unsere Lebensgrundlagen weiter zerstören? – Da muss sich etwas grundlegend ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrem Doppelhaushalt finde ich eine ganze Reihe von Maßnahmen. Ich muss sagen: Er ist eher eine Sammlung von vielen Einzelmaßnahmen, die Sie aneinander gereiht haben. Eine klare große Linie fehlt. Wie wollen Sie Bayern fit für die Zukunft machen? Wir müssen uns doch die Frage stellen: Wie wollen wir im Jahr 2030 leben? Was sind die Aufgaben, die wir dringend anpacken müssen? Man kann auch ganz einfach sagen – das zeigt der Haushalt ganz deutlich –: Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ein leerer aber auch nicht! – Robert Brannekämper (CSU): Ein leerer ist ein guter?)

– Es geht hier nicht um einen leeren Haushalt. Es geht darum, wofür wir das Geld ausgeben. Da möchte ich mit ein paar entscheidenden Themen anfangen. Sie haben lange über vieles geredet, Herr Ministerpräsident. In der Minute 26 – ich habe aufgepasst – kam erstmalig das Wort "Klimaschutz" oder "Naturschutz" bei Ihnen vor.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Weil es noch andere Themen gibt!)

– Es gibt andere Themen, das ist richtig. Aber schauen wir uns die Debatten an, die wir hier in diesem Hohen Hause führen. Wir wissen, dass wir deutlich mehr für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen tun müssen. Ich finde es erstaunlich, dass Sie sich damit zufrieden geben, einen Rekordhaushalt zu präsentieren und sich dafür gegenseitig auf die Schulter zu klopfen. Das kann man machen. Unser Anspruch an gute Politik ist ein anderer. Die Messlatte ist doch, ob wir es schaffen, mit dem Haushalt die Herausforderungen der Zukunft bei Klimaschutz, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Digitalisierung wirklich zu meistern. Diese Aufgaben schreien nach großen Antworten, nicht nach Klein-Klein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch ein Thema ansprechen. Ich weiß nicht, Herr Ministerpräsident, wie Sie das alles immer hinbekommen. Ich glaube, es war vor acht Jahren, im Jahr 2011.

Da standen Sie am gleichen Platz am Rednerpult und haben davon gesprochen: Bayern muss Vorreiter bei der Energiewende werden. Wir müssen raus aus der Atomkraft und Wind und Sonne in Bayern voranbringen. – Heute stehen Sie hier und fordern ein Energiekonzept von der Bundesregierung. Dass Sie in den letzten Jahren selber gar nichts gemacht haben, das ist wirklich verdammt schwach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu hätte es gehört, die Windkraft voranzubringen. Es ist unstrittig, dass wir in Bayern die Windkraft voranbringen müssen, um mehr erneuerbaren Strom zu produzieren. Da kann es nicht sein, dass Bayern aus dem Ausbau der Windkraft faktisch ausgestiegen ist. Das muss korrigiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir schon beim Klimaschutz sind: Da sind wir uns einig. Die Wissenschaft ist sich auch einig. Der Klimawandel ist menschengemacht. Aber es hat auch etwas Gutes: Der Mensch kann etwas dagegen tun, wenn er es richtig anpackt. Wir haben noch zehn bis zwölf Jahre Zeit, um das Ruder endlich herumzureißen. Damit müssten wir doch mal anfangen, genau in diesem Zeitfenster, wo so viel Geld da ist wie noch nie. Ich finde es erstaunlich, wenn man sich Ihre Maßnahmen für mehr Klimaschutz anschaut. Wir als GRÜNE sagen ganz klar: Wir haben das Ziel, den CO₂-Ausstoß in Bayern bis 2030 zu halbieren. Das ist verdammt anspruchsvoll. Man braucht viele Maßnahmen, um das wirklich zu erreichen. Da schaue ich in Ihren Haushalt. Da sehe ich zum Beispiel, dass Sie 2019 weniger Geld als 2018 für energetische Gebäudesanierung ausgeben. Sie reduzieren diese Mittel um 20 %. Wir wollten den Betrag auf 90 Millionen Euro nach oben setzen.

Ein weiterer Bereich, der Wärmesektor, ist wirklich der schlafende Dinosaurier. Da können wir am meisten erreichen. Im Wärmebereich haben wir viele Länderkompetenzen. Sie hatten in den letzten Jahren das 10.000-Häuser-Programm deutlich gelobt. Sie haben das relativ schlecht gemacht. Das muss man mal deutlich sagen. Da haben

Sie dreckige Ölheizungen gegen neue dreckige Ölheizungen ausgetauscht, und das auch noch mit Steuergeld subventioniert. Das war einfach nur blöd. Da haben Sie aber dazugelernt und das korrigiert. Das Programm ist besser geworden. Was machen Sie dann, wenn das Programm besser ist? – Dann wird das Geld für das Programm gekürzt. So kommen wir beim Klimaschutz nicht weiter. Auch dort haben Sie 20 % gekürzt. Das ist ein gewaltiger Unterschied zu uns GRÜNEN. Da möchten wir mehr Geld investieren, um wirklich voranzukommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu einem weiteren Bereich. Sie haben davon gesprochen: Man muss die Kommunen alle mitnehmen. Da bin ich bei Ihnen. Energiewende und Klimaschutz sind eine schwierige Aufgabe, ein verdammt dickes Brett, das gebohrt werden muss, was man nicht so einfach hinbekommt, was aber machbar ist. Wir alle wissen, dass die Regionen in Bayern sehr unterschiedlich sind. Wir wissen, dass die Herausforderungen, etwas für den Klimaschutz zu tun, beim Kampf gegen die Erdüberhitzung zwischen Stadt und Land unterschiedlich sind. Selbst in jeder Gemeinde ist der Weg etwas anders. Genau deshalb brauchen unsere Kommunen doch Unterstützung! Genau deshalb brauchen wir doch regionale Energieagenturen in jedem Landkreis, die mit Geld ausgestattet werden. Auch da machen Sie nicht mit, weil Sie der Klimaschutz in dieser Form nicht wirklich interessiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihnen gibt es beim Thema "Kampf gegen die Erdüberhitzung" Ankündigungen und schöne Worte. Da liegen bei Ihnen Welten dazwischen. Ich bin froh, dass jeden Freitag Schülerinnen und Schüler in diesem Land auf die Straße gehen und mehr Klimaschutzpolitik einfordern. Es ist dringend notwendig. Von dieser Söder-Regierung ist das nicht zu erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind uns doch eigentlich einig, dass Bayern hier als starkes Land eine Vorreiterrolle einnehmen sollte. Aber aktuell, um einen Fußballvergleich zu nehmen, kann man sagen: Bei der Energiewende, beim Kampf gegen die Erdüberhitzung, sitzt Bayern auf der Reservebank. Wir wollen wieder vorne mitspielen! Das ist einem starken Land angemessen. Das müssen wir auch leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Zahl dazu, um Ihr Versagen in der Haushaltspolitik beim Klimaschutz deutlich zu machen: Im Jahre 2009, vor zehn Jahren, hat die Staatsregierung mehr Geld auszugeben, um Gebäude energetisch zu sanieren, als in diesem Haushalt. Das muss man sich mal vorstellen! Im Gesamtvolume geben Sie 0,2 % für den Klimaschutz aus. Das ist wirklich zu wenig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte die Zeit nutzen, um neben den ökologischen Fragen unserer Zeit auch die sozialen Fragen unserer Zeit anzusprechen.

(Robert Brannekämper (CSU): Das ist völlig wirr!)

Da geht es bei uns GRÜNEN um das Thema Chancengerechtigkeit im ganzen Land. Unser Credo ist dort – das meinen wir sinngemäß so –: Egal, wo man in Bayern lebt, man braucht die gleichen Chancen. Da möchte ich mit einem Thema anfangen. Hubert Aiwanger hat vorher viel von Landesplanung gesprochen. Auch uns GRÜNEN ist bewusst: Wir können nicht entscheiden, wo einer wohnen soll.

(Thomas Kreuzer (CSU): Schade, gell?)

Das entscheidet jeder selbst. Aber wir können die Voraussetzungen schaffen, Herr Kreuzer, dass das schnelle Internet überall verfügbar ist, dass überall Kinderbetreuungsplätze mit guten Öffnungszeiten vorhanden sind und dass ein Bus- und Bahnangebot vorhanden ist, damit man nicht in einer Ortschaft festhängt, wo der Schulbus

das einzige öffentliche Verkehrsmittel ist. Da können wir doch etwas tun! Das müssen wir anpacken!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist doch klar, dass jemand, der sich eine Ortschaft anschaut und dort feststellt, dass das Internet zuckelt, der Lebensmittelmarkt bereits zugemacht hat und der nächste an der Umgehungsstraße in der Nachbargemeinde ist, dass kein Bus fährt, sich denkt, Zukunft findet woanders statt. Das müssen wir ändern. Sie wissen ganz genau, wovon ich rede. Wir haben genug Gemeinden in Bayern, wo weder ein gescheites Internet vorhanden ist, noch ein Busangebot existiert, das wirklich vom Menschen her denkt. Wir brauchen Mobilitätskonzepte, die vom Menschen her denken, nicht vom Auto her. Wir haben in den Dörfern immer mehr ältere Menschen, die nicht mehr Auto fahren wollen oder können. Die brauchen doch ein Angebot! Unsere Antwort ist hier eine Mobilitätsgarantie für ganz Bayern, das heißt, an jedem Werktag wirklich ein Bus- oder Bahnangebot von fünf Uhr in der Frühe bis Mitternacht anzubieten, auf das sich die Menschen verlassen können.

(Thomas Kreuzer (CSU): Im 10-Minuten-Takt!)

– Im Stundentakt, Herr Kollege Kreuzer!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident, hat man auch gemerkt: Drei Stationen S-Bahn-Fahren, macht noch keinen Verkehrsexperten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh Mann, echt! So ein Schmarrn!)

Wir haben riesige Unterschiede, was wir in den Städten und was wir im ländlichen Raum tun müssen. Das ist vollkommen richtig. Sie wissen genauso gut wie ich: Es ist richtig, in den Städten den U-Bahn-Ausbau voranbringen. In den Städten müssen wir aber auch sehr stark auf Expressbusse usw. setzen, weil die heute ein Angebot liefern

können. Das wird aber nur funktionieren, wenn die Verkehrsteilnehmer eine Spur freigeben, damit die Busse gut fahren können und nicht im Stau stehen.

Ich möchte noch einen weiteren Bereich anführen.

(Zuruf von der CSU)

– Ach, da können wir ganz gute Förderprogramme machen. Schreiben wir doch einfach hinein: Die Förderung für die Expressbusse verbinden wir damit, dass bei einer zweispurigen Straße eine Spur für die Busse und die Radfahrer reserviert wird. Da kommen wir deutlich voran, Herr Kollege.

(Beifall bei den GRÜNEN – Sandro Kirchner (CSU): Was ist mit dem Flächenverbrauch, der Flächennutzung?)

Ich möchte noch kurz ein Thema ansprechen, auch Sie haben es kurz angerissen, das viel mit Wachstum zu tun hat. Es ist das Thema Flächenverbrauch in diesem Land. Herr Kollege Aiwanger hat vorhin gesagt, die Bevölkerung wächst so stark, also brauchen wir mehr Fläche.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Das habe ich nicht gesagt!)

– Sinngemäß haben Sie davon gesprochen, dass die Bevölkerung deutlich wächst und wir deshalb Flächenverbrauch haben. Herr Kollege, ich möchte Sie daran erinnern, der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen ist von 2000 bis 2017 um 15,4 % gestiegen. Die Einwohnerzahl ist um 6,3 % gestiegen. Das zeigt, hier ist etwas aus dem Ruder gelaufen, das wir wieder ins Lot bringen müssen. Das heißt, wir brauchen eine Politik, die denkt, bevor der Bagger kommt. Das erreichen wir aber nur mit den Kommunen. Deshalb haben wir vorgeschlagen, in jedem Landkreis regionale Flächenmanager einzustellen, um die Aufgaben vor Ort mit unseren Kommunen richtig anpacken zu können. Dafür braucht man Geld. Das muss man in die Hand nehmen, damit es dann wirklich heißt: In den Ortskernen schlägt das Herz einer starken

Dorfgemeinschaft. Dort darf nicht der Leerstand das Ortsbild prägen. Das muss sich ändern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bevor ich zur Kinderbetreuung komme, möchte ich noch etwas zum Thema Wohnen sagen. Wohnen ist unstrittig die soziale Frage unserer Zeit. Aber mit den Maßnahmen, die Sie immer wieder ankündigen, vor allem mit Ihrem Bayerischen Baukindergeld, werden Sie das Problem nicht lösen. Das muss Ihnen bewusst sein. Nur weil im Wort "Kind" vorkommt, ist es noch lange kein Zukunftsprojekt, Herr Ministerpräsident. Wir brauchen dringend Maßnahmen, um den Mietwohnungsbau zügig voranzubringen, damit er dauerhaft günstig und bezahlbar bleibt. Weil Sie vorhin die Landeshauptstadt München etwas negativ dargestellt haben, erlauben Sie mir bitte, die Zahlen zu vergleichen. Nehmen wir den Stand 2017: Der Freistaat Bayern hat knapp 20.000 Wohnungen, die er anbietet. Die Landeshauptstadt München mit ihren Wohnungsbaugesellschaften hat über 60.000 Wohnungen. Nur um das Verhältnis einmal zu sehen. Des Weiteren: Zwischen 1990 und 2017 sind in München von der Kommune 20.000 neue Wohnungen gebaut worden. Der Freistaat Bayern hat in dieser Zeit 33.000 Wohnungen der GBW verkauft. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das ist wohl eine alte Rede vom letzten Jahr! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist doch längst überholt!)

– Es ging darum, dass die Stadt München nach Ihrer Meinung wenig baut. Wir müssen bauen. München baut, das wollte ich damit deutlich machen, aber das hat der Freistaat Bayern nicht getan.

Nun möchte ich zum Thema Kinderbetreuungseinrichtungen kommen. Da haben wir doch genau das Gleiche. Sie wollen von allem etwas machen, weil Ihnen die große Linie fehlt. Ihnen fehlt die große Linie in diesem Bereich.

(Unruhe bei der CSU)

Wir brauchen ein Kinderbetreuungsangebot, das sich am Leben der jungen Eltern orientiert. Das Leben der Eltern darf sich nicht am Betreuungsangebot ausrichten müssen. Das ist auch eine Frage der Chancengerechtigkeit für Frauen in unserem Land. Wer ist es denn, der einspringt, wenn das Betreuungsangebot nicht funktioniert? – Das sind doch meistens die Frauen, die dann zu Hause bleiben. Das ist nicht gerecht, das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig, auch wir greifen für die Gegenfinanzierung unserer Maßnahmen in die Rücklagen. Das ist auch gerechtfertigt, wenn es darum geht, langfristig zu investieren. Gebäude auf Vordermann zu bringen, das muss man machen, das ist richtig. Was Sie aber gerade machen, ist Folgendes: Sie geben Geld aus, um Wahlschulden zu begleichen. Sie haben keine große Linie, sondern Sie begleichen Wahlschulden.

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und das machen Sie auch noch so, dass Sie für jeden etwas anbieten. Für Sie ist es soziale Gerechtigkeit, dem Porsche fahrenden Familienvater das bayerische Kinder-geld ebenso zu zahlen wie der Hartz-IV-Empfängerin. Das ist nicht gerecht. Da ist einfach nur das Geld in die Menge verteilt. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich habe das Gefühl, dass Sie das Geld gerade ausgeben, um Wahlschulden zu begleichen. Das kommt mir so ähnlich vor wie bei einem, der dreimal die Woche zum Essen geht, anstatt zu investieren, um die tropfende Wasserleitung zu Hause zu richten. Genau so machen Sie gerade Politik.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Ihr macht das so!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Der Ministerpräsident hat seine Rede mit den Worten beendet: Bayern ist ein starkes Land.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bayern ist ein cooles Land!)

Da sind wir uns einig. Bayern ist ein starkes Land. Aus Stärke erwächst aber Verantwortung, Verantwortung dafür, den Kampf gegen die Erdüberhitzung endlich anzupacken und für echte Chancengerechtigkeit in diesem großartigen Land zu sorgen. All diesen Bereichen werden Sie aber mit Ihrem Rekordhaushalt nicht ansatzweise gerecht. Deshalb werden wir nicht zustimmen. Wir hätten uns einen Haushalt gewünscht, der heute wirklich daran arbeitet, die Herausforderungen von morgen anzupacken, im Interesse unseres Landes.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Als Nächstem erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden der CSU-Fraktion, Herrn Thomas Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Bayern ist und bleibt das Land der soliden Finanzen, das Land der Rekordinvestitionen, das Land des Schuldenabbaus und der Zukunftschancen. Das zeigt erneut der Doppelhaushalt 2019/2020, den wir in diesen Tagen beraten und beschließen. Da können Sie, Herr Kollege Hartmann, noch so oft über das Ausgabenwachstum und über angebliche Wahlgeschenke lamentieren, wie Sie das im Vorfeld dieser Debatte getan haben. Bayern ist ein starkes, Bayern ist ein dynamisches und ein wachsendes Land. Für dieses Land legen wir einen ebenso starken Haushalt vor.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Tatsache ist auch: Auch 2019 hat der Freistaat Bayern für seine Haushaltspolitik wieder die Bestnote der Ratingagenturen erhalten, für eine beständige, nachhaltige, solide Finanzpolitik. Die Fachleute dieser Agenturen verstehen etwas von Haushaltspolitik, jedenfalls mehr als Sie, Herr Kollege Hartmann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Doppelhaushalt ist ein kraftvoller Auftakt für eine neue Legislaturperiode. Wir halten, was wir vor der Landtagswahl versprochen haben. Wir setzen konsequent um, was im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist. Wir führen eine Politik fort, die den Freistaat Bayern an die Spitze in Deutschland gebracht hat. Wir nehmen zugleich den Auftrag der Wählerinnen und Wähler ernst, der uns bei der Landtagswahl gegeben wurde. An dieser Stelle möchte ich unserem Ministerpräsidenten Markus Söder und allen Mitgliedern der Staatsregierung für ihre ausgezeichnete Arbeit sehr herzlich danken. Wir können stolz auf das sein, was in den vergangenen Monaten für Bayern geleistet wurde. Nicht umsonst gehen die Zustimmungswerte nach oben. – Vielen Dank für eure Arbeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Danken möchte ich heute insbesondere unserem Finanzminister Albert Füracker, der mit dem Regierungsentwurf für diesen Doppelhaushalt innerhalb von wenigen Wochen einen überaus wuchtigen Aufschlag gemacht hat. – Herzlichen Glückwunsch, Albert!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mein Dank gilt aber auch dem Kollegen Josef Zellmeier und allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, die diesen Entwurf ebenso sorgfältig wie zielorientiert in Rekordzeit beraten haben. Das war eine großartige Leistung des Haushaltsausschusses, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Doppelhaushalt steht für Solidität, Stabilität und Solidarität. Er ist Grundlage für eine erfolgreiche Weiterentwicklung Bayerns, und er ist ein Zeichen unserer Verantwortung, auch für die nachfolgenden Generationen. Gerade bei Kindern und Familien, bei Bildung und Wissenschaft setzen wir besondere Schwerpunkte. Das alles sind wohlüberlegte Weichenstellungen für die Zukunft.

Sie dagegen, Herr Hartmann, und die GRÜNEN insgesamt diffamieren diese Ausgaben fortwährend. Sie wollen den Eltern das Familiengeld wieder wegnehmen. Sie wollen die Eigenheimzulage streichen und beklagen gleichzeitig – wie heute wieder – die Wohnungsnot. Sie wollen den Pflegebedürftigen in unserem Land und deren Angehörigen das Landespfegegeld kürzen, während Sie in Sonntagsreden – wie heute wieder – von sozialer Sicherheit und Wertschätzung auch in der Pflege sprechen. Das alles ist nicht schlüssig. Das ist schäbig, nicht sozial.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wenn man Sie hört, bekommt man den Eindruck, Klimaschutz, Artenschutz und Flächenverbrauch seien die einzigen wichtigen Zukunftsthemen. Dabei nehmen auch wir uns dieser Themen an. Wir bringen zurzeit das wichtigste Artenschutzprogramm, das es in Deutschland gibt, auf den Weg. Nirgendwo, wo Ihre Partei mitregiert, gibt es Ähnliches, Herr Kollege Hartmann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir werden ein Klimaschutzprogramm, ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen und unseren Beitrag zu diesem Thema leisten. Wir werden auch Vorschläge vorlegen – insbesondere Hubert Aiwanger wird das tun –, wie wir den Flächenverbrauch möglichst begrenzen und trotzdem unsere Aufgaben erfüllen können.

Mein Eindruck ist: Die GRÜNEN sind eine Ein-Thema-Partei geworden. Es gibt nur noch Klimaschutz, Artenschutz und Flächenverbrauch. Sonst gibt es für Sie nichts mehr in der Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir morgen eine Debatte über den Zustand und die Rettung der Baudenkmäler in Deutschland führen würden, dann würden Sie als Einstieg die Aussage wählen, eine besondere Gefährdung der Baudenkmäler sei die Klimaerwärmung. Dann wären Sie wieder bei Ihrem Thema und könnten die nächste halbe Stunde darüber reden. Etwas anderes gibt es bei Ihnen nicht mehr, liebe Freunde von den GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und dies aus gutem Grund; denn leider wird Ihnen auf diesem Gebiet Kompetenz zugewiesen, obwohl Sie dort, wo Sie mitregieren, diese Kompetenz noch nie bewiesen haben. Deshalb versuchen Sie, dieses Thema überdimensional zu diskutieren, und meiden alle anderen Themen. In Wirklichkeit, Herr Kollege Hartmann, traut Ihnen doch bei den Themen Wirtschaftspolitik und Wohnungsnot niemand in diesem Land etwas zu. Wenn Ihr Kollege Habeck von der Enteignung von Wohnbaugesellschaften spricht, dann ist das linke, sozialistische Politik. Damit werden Sie verbunden. Deswegen haben Sie nur ein Thema, und das ist das Thema Umwelt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Wirklichkeit ist doch: Wenn wir für die anderen Themen – Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, Finanzpolitik – keine guten Lösungen finden, dann werden wir auch nicht in der Lage sein, wirksamen Klimaschutz zu betreiben; denn dieser ist auch und sogar in erster Linie technikgetrieben. Um dies zu realisieren, braucht man Forschungsinvestitionen und Investitionen in die entsprechende Technik. Deshalb sind diese Themen enorm wichtig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie haben sich im Vorfeld oft auf den ORH berufen. Es ist doch eine Binsenweisheit: Wenn die Bevölkerung stark steigt, nimmt auch das Haushaltsvolumen zu, zumal dann, wenn die Wirtschaft insgesamt gut läuft. Wir brauchen einen starken Staat, der für die Bürger da ist und ihnen Bildung, Sicherheit und Infrastruktur bietet. Sie dagegen sprechen immer nur dann von einem starken Staat, wenn es darum geht, die Menschen mit Verbots- und Vorschriften zu gängeln – siehe Fahrverbote, siehe Tempolimits, siehe Verbrennungsmotor, siehe Diesel.

(Alexander König (CSU): Verbottspartei!)

Das wollen wir nicht. Wir wollen diese Dinge durch Anreize erledigen.

Wenn Sie den ORH zitieren, dann tun Sie dies bitte vollständig. Sagen Sie, dass auch vom ORH mehr Investitionen in den Staatsstraßenbau gefordert werden.

(Beifall des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Wir haben den Staatsstraßenbau heuer auf Rekordniveau, er erreicht eine nie dagewesene Höhe. Sie fordern die Senkung dieser Mittel, Herr Kollege Hartmann – entgegen dem ORH.

Sie haben eines nicht begriffen, wenn Sie vom ÖPNV in der Fläche reden: Dieser ÖPNV findet heute überwiegend mit Bussen statt, zumindest auf dem flachen Land. Flugtaxis stehen noch nicht zur Verfügung. Wenn Sie mit Bussen einen guten ÖPNV anbieten wollen, dann brauchen Sie ein leistungsstarkes, gut ausgebautes Straßennetz. Sonst funktioniert das nicht.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das haben wir doch in Bayern!)

Deshalb ist Straßenbau wichtig und darf nicht zurückgefahren werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

An dieser Stelle wird wieder deutlich: Wir halten Großstädte und Ballungsräume für enorm wichtig für die Entwicklung des Freistaates Bayern. Sie haben ihre speziellen Probleme zu lösen. Der Staat muss ihnen dabei helfen. Aber Ihre Einstellung, zum Beispiel zum Straßenbau auf dem flachen Land, zeigt: Die GRÜNEN sind eine reine Großstadtpartei.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das stimmt doch gar nicht!)

Ihre Fraktion wird von Abgeordneten aus Großstädten dominiert. Sie haben keine Ahnung von der Entwicklung auf dem flachen Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist Ausdruck finanzpolitischer Solidität. Wir bauen Schulden ab, und zwar in Höhe von 1 Milliarde Euro. Es ist der 14. und 15. Haushalt ohne Kreditaufnahme.

Um überhaupt einen Kritikpunkt zu haben, hat die Opposition über Wochen etwas vorbereitet, nämlich Kritik am Schrumpfen der Rücklagen in den nächsten Jahren. Diese Argumentation ist zusammengebrochen, bevor Sie überhaupt das Wort ergreifen konnten; damit meine ich vor allem die Kollegen von der SPD. Die Rücklagen werden in diesem Jahr höher sein als vorher. Pech gehabt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Schuldenstand in Nordrhein-Westfalen, wo Rot-Grün lange Zeit regiert hat, liegt übrigens bei 167 Milliarden Euro. Angesichts dessen kann man von soliden Finanzen natürlich nicht mehr reden.

Wir setzen auf Stabilität und kräftige Investitionen. Der Haushalt weist eine Investitionsquote von 13,7 % auf. Damit sind wir Spitzenreiter unter den westdeutschen Flächenländern. Es ist, gesehen auf die letzten Jahre, ein Rekordinvestitionschaushalt.

Aber nicht nur der Freistaat investiert; auch die Kommunen haben Investitionsspielräume. Die Investitionsquote der Kommunen liegt nicht ohne Grund seit Jahren deutlich über 20 % und somit sehr hoch. Mit dem höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten sorgen wir für solide Gemeindefinanzen. Unsere Gemeinden, Landkreise und Bezirke erhalten dieses Jahr 9,97 Milliarden Euro – so viel wie nie zuvor – und setzen diese Mittel sinnvoll ein.

Herr Hartmann, wenn Sie den ÖPNV in Bayern kritisieren und behaupten, es sei alles schlecht gemacht, nicht ausreichend und katastrophal, dann sage ich Ihnen: Aufgabenträger sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Herr Kollege Hartmann, Sie sagen letztlich, dass Landräte und Oberbürgermeister ihre Aufgabe nicht erfüllen. Diese Behauptung weise ich zurück.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ludwig Hartmann (GRÜNE):
(Beitrag nicht autorisiert) Dann machen wir es zur kommunalen Pflichtaufgabe!)

Der Freistaat Bayern ist hierfür nicht direkt zuständig, sondern wir unterstützen dies durch Finanzzuweisungen in erheblicher Höhe. Es sind übrigens Finanzzuweisungen, die mit den kommunalen Spitzenverbänden, das heißt mit den Kommunen, in den Ausgleichsverhandlungen vereinbart werden. Sie dagegen werfen praktisch den Verantwortlichen im ganzen Land Unfähigkeit vor. Das ist nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Noch übertroffen wird dieser Ausgabenschwerpunkt von unseren Investitionen in den Bereich Bildung und Wissenschaft. Mit insgesamt 41 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt fließt jeder dritte Euro in Schulen und Hochschulen. Das ist Zukunftspolitik für junge Menschen in Bayern, die sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten auszahlen wird. Beste Bildung in Bayern – das ist kein Slogan, das ist Realität. Wir sorgen mit diesem Doppelhaushalt dafür, dass es so bleibt.

Gleiches gilt für unseren Spitzenplatz in der inneren Sicherheit. Wir haben 1.000 Stellen zusätzlich bei der Polizei vorgesehen. Damit erreichen wir den höchsten Personalstand aller Zeiten bei der bayerischen Polizei. Wir verbessern auch die technische Ausstattung. Das Polizeibudget für Sachmittel liegt bei fast 1 Milliarde Euro.

Die Politik der GRÜNEN bei der inneren Sicherheit dagegen heißt: Verfassungsklage gegen die Bayerische Grenzpolizei.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Weil sie verfassungswidrig ist!)

Rund 12.500 festgestellte Straftaten, Verkehrsdelikte und Fahndungstreffer in den ersten sechs Monaten seit ihrer Gründung zum 1. Juli 2018 – das ist die Zwischenbilanz der Grenzpolizei für mehr Sicherheit in Bayern.

Sie haben ja auch damals die Schleierfahndung abgelehnt und vor dem Verfassungsgericht geklagt, weil Sie sie für verfassungswidrig hielten. Heute dagegen sind Sie Anhänger der Schleierfahndung und wollen sie aufrechterhalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Polizistinnen und Polizisten, die tagtäglich bei der Grenzpolizei ihren Dienst tun, hätten Dank und Anerkennung verdient, nicht aber, dass die GRÜNEN ihnen juristische Knüppel zwischen die Beine werfen.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Was ist das für ein Sicherheitskonzept? Wir wollen möglichst viele Straftaten an der Grenze feststellen und stärken deshalb die Polizeiarbeit an der Grenze. Die GRÜNEN wollen die Auflösung der Grenzpolizei, sie wollen die Verstärkung der Dienststellen im ganzen Land. Die GRÜNEN wollen also, dass die Straftäter zuerst ins Land fahren, um dann zu hoffen, dass man sie dort aufgreift. Das ist eine Unsicherheitspolitik, Frau Kollegin Schulze.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden dagegen in Zukunft alles dafür tun, dass die Menschen in Bayern möglichst sicher leben, und dabei werden wir unsere Polizeibeamten unterstützen. Mein ausdrücklicher Dank gilt daher allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihren täglichen Einsatz für unsere Sicherheit. Sie arbeiten großartig und erfolgreich, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe vorhin von Solidarität gesprochen. Auch dafür setzen wir in Bayern Maßstäbe. Wir sorgen für den sozialen Ausgleich und für beste Bedingungen für Familien. Hierfür stellen wir 7,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Ich nenne als Stichworte Kinderbetreuung, Familiengeld, Krippen-, Kindertagesstätten- und Kindergartenförderung. Ich nenne als Stichwort das Landespfegegeld. Die Staatsregierung ist als Familienkoalition angetreten und stellt dies auch tatkräftig unter Beweis. Die Opposition wird uns davon nicht abhalten. Sie waren auch schon immer gegen das Landeserziehungsgeld und das Betreuungsgeld in Bayern, meine Damen und Herren, weil Sie gegen jede direkte Unterstützung der Familien sind und nur Institutionen unterstützen wollen. Wir gehen einen anderen Weg. Wir unterstützen die Institutionen, vor allem aber auch die Menschen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch bezahlbarer Wohnraum ist eine soziale Frage. Deshalb fördern wir die Schaffung von neuem Wohnraum auf Rekordniveau. Wir unterstützen die Eigentumsbildung mit der Bayerischen Eigenheimzulage, dem Baukindergeld Plus und vielen anderen Förderprogrammen. Dabei ist eines klar: Der Großteil der neuen Wohnungen wird von privaten Investoren und Wohnungsbauunternehmen gebaut. Wer daher jeden Tag über neue Beschränkungen des Eigentums nachdenkt, wer ständig die Investitionsbedingungen durch immer neue Vorschriften verschlechtern will oder wer gar von Enteignungen fantasiert, der sorgt mit großer Sicherheit dafür, dass weniger Wohnungen

gebaut werden und die Mieter nicht entlastet, sondern belastet werden. Das wollen wir nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nur mit mehr Wohnungen werden wir die Situation nachhaltig verbessern. Dabei helfen Anreize für jeden, der Wohnraum schaffen kann, während Verbote und Enteignungen bzw. Drohungen mit Enteignung der Erreichung dieses Ziels schaden. Die CSU bekennt sich ohne Wenn und Aber zur sozialen Marktwirtschaft. Ich hoffe, Frau Kohnen nutzt die heutige Plenardebatte dazu – ich gehe davon aus, dass sie sprechen wird –, das Verhältnis zur sozialen Marktwirtschaft klarzustellen. Zählen für Sie noch Freiheit und Eigentum, oder gilt künftig dies, was Herr Kühnert von sich gibt, den der Kollege Arnold seiner Partei noch vor Kurzem immerhin als Bundesvorsitzenden empfohlen hat? Herr Arnold ist schließlich Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und nicht irgendwer. Wir erwarten Ihre Äußerung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU in Bayern betreibt seit Jahrzehnten eine gute, soziale und nachhaltige Politik, eine Politik, die wirtschaftlichen Fortschritt und sozialen Ausgleich ermöglicht, die unser Land fit für Zukunft macht und dabei Natur und Ökologie nicht aus den Augen verliert, sondern als Schwerpunkt verfolgt. Deshalb steht Bayern wirtschaftlich an der Spitze. Deshalb lag die Arbeitslosenquote in Bayern im April mit 2,8 % auf dem niedrigsten Stand. Deshalb sind die Zukunftstechnologien in Bayern daheim. Deshalb investieren wir in saubere Luft, in Natur- und Artenschutz, und am 26. Mai hätten wir sogar den Klimaschutz in die Verfassung aufgenommen, wenn SPD und GRÜNE dies nicht verhindert hätten. Schade, schade, schade, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ludwig Hartmann (GRÜNE):

(Beitrag nicht autorisiert) Ohne irgendwelche begleitenden Maßnahmen!)

Wir sind schon heute im Klimaschutz erfolgreicher, weil der CO₂-Ausstoß in Bayern wesentlich niedriger ist als im Durchschnitt des Bundesgebiets.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern wollen, dass unser Land weiterhin so erfolgreich, so sozial, so liberal, so naturnah, so wirtschaftsstark und so sicher bleibt. Wir, die CSU und die FREIEN WÄHLER, werden alles dafür tun, um den Bürgerinnen und Bürgern diesen Wunsch zu erfüllen. Wir werden keine Mühen scheuen. Wir werden uns auf den Weg machen. Wir werden die richtigen Maßnahmen beschließen, und wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Bayern nicht nur das schönste, sondern auch das erfolgreichste Bundesland in Deutschland bleibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Zunächst darf ich bekannt geben, dass wir in Abstimmung mit allen Fraktionen übereingekommen sind, mit der Beratung ohne Mittagspause fortzufahren. – Als Nächster erteile ich der Vorsitzenden der AfD-Fraktion, Frau Katrin Ebner-Steiner, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn es um Geld geht, ist einem das eigene Hemd bekanntlich am nächsten. Das belegen bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, die Zahlen eindeutig. Das verraten die veranschlagten Summen für die Öffentlichkeitsarbeit von Ministerpräsident und Staatskanzlei. Diese Selbstdarstellung ist für Sie das wichtigste Anliegen in diesem Einzelplan. Es ist so wichtig, dass Sie bei der Eigenwerbung im Vergleich zum Vorjahr sogar eine Verdoppelung der Haushaltssmittel verlangen. Sie knüpfen an eine Vorstellung an, die alle paternalistischen Regierungen praktizieren. Es kommt nicht auf die Meinungen oder den Willen der Bürger an, sondern die Regierung muss einfach ihre Politik noch besser erklären. Im klassischen Staatsrecht nannte man das noch ehrlicher die Selbstdarstellung des Staates.

Dabei kann ich Ihnen nur sagen, dass das Bundesverfassungsgericht dem staatlichen Selbstdarstellungsdrang engere Grenzen setzt, als es Ihnen lieb sein kann. In der Demokratie läuft die Meinungsbildung noch immer von unten nach oben und nicht vom Staat hinunter zum Volk.

(Beifall bei der AfD)

Ähnlich klar wird Ihr besonderes Staats- und Regierungsverständnis, wenn Sie für Ihre Reisetätigkeit erheblichen Mehrbedarf geltend machen. Ministerpräsident Söder will offenbar nicht nur digital im Weltall, sondern auch analog überall sichtbar sein und mitreden können. Vorbei sind die Zeiten der sachlichen Regierungsarbeit. Die kann man den Staatssekretären überlassen. Offenbar haben Sie aber Schwierigkeiten damit, den Beamten, die Ihnen Horst Seehofer hinterlassen hat, wirklich zu vertrauen. In Ihrem Haushaltsplan fordern Sie sage und schreibe 16 neue B-3-Stellen allein für die Staatskanzlei. Ich vermute, dass Sie sich die Loyalität Ihrer Beamten mit Aussicht auf persönlichen Aufstieg erkaufen wollen.

(Zuruf von der CSU: Das ist unerhört! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Von Ihnen werden dagegen die Referenten entlassen! – Tobias Reiß (CSU): Wer schreibt Ihnen einen solchen Blödsinn auf?)

Vielleicht sind aus Dank für die vorher so hoch gelobte Zusammenarbeit auch ein paar FREIE WÄHLER unter den glücklichen Aufsteigern.

Die politisch-ethische Idee Ihrer Regierung bleibt da erst einmal unklar. Wenn man Ihr Verhalten im Fall des erfolgreichen Volksbegehrens zum Artenschutz in Bayern genauer unter die Lupe nimmt, erkennt man erneut und deutlich, was Ihr eigener Antrieb ist: Für Ihren Machterhalt sind Sie dazu bereit, alle Konflikte mit dem Geld des Steuerzahlers zu lösen. Sobald Sie erkennen, dass eine Bewegung Ihrer Regierung gefährlich werden kann, erklären Sie gerne Forderungen kurzerhand zur CSU-Meinung. Wenn es Kritik gibt, erhält jede Interessengruppe ein kleines Geschenk. Ihre Bundeskanzlerin macht es Ihnen doch vor.

Ich möchte hier auf die Vermessenheit hinweisen, mit der Sie dem Volk erst kürzlich die Teilhabe am Gesetzgebungsverfahren versagt haben. Das Volksbegehren zum Artenschutz wird von Ihnen scheinbar angenommen, um aber im selben Atemzug durch ein sündhaft teures Versöhnungsgesetz völlig umgeformt zu werden. Dieses Verfahren ist nach Meinung anerkannter Verfassungsjuristen schlichtweg nicht vorgesehen. Wir werden prüfen, ob dabei ein schwerwiegender Verstoß gegen die Bayerische Verfassung vorliegt, und behalten uns vor, gegebenenfalls für die Rechte der bayerischen Bürger Klage zu erheben.

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Klären Sie erst einmal selbst Ihr Verhältnis zur Bayerischen Verfassung!)

Wenn Sie den Gesetzentwurf des Volksbegehrens nicht für sinnvoll und durchführbar erachten, warum haben Sie dann nicht den Mumm, den Bürgern ein eigenes Gesetz als Alternative vorzulegen? – Stattdessen regieren Sie am Runden Tisch mithilfe von ein paar ausgewählten Vertretern. Der Runde Tisch als politisches Modell hat in der deutschen Geschichte bereits hervorragende Dienste geleistet. Jetzt benutzen Sie ihn, um die direktdemokratischen Rechte in der Bayerischen Verfassung zu schleifen.

(Tobias Reiß (CSU): Sie stehen mehr auf die undemokratische Rechte!)

Lieber Herr Ministerpräsident, wir wollen keine betreute Demokratie, in der Volksinitiativen nur noch dazu da sind, Stimmungsbilder einzuholen. Sie erachten das Volk jedoch nicht für kompetent genug, eine plebiszitäre Entscheidung zu treffen.

Dank der enormen steuerlichen Belastung der bayerischen Bürger kann Bayern wieder auf einen Rekordhaushalt zurückgreifen. Darauf reagieren Sie bedauerlicherweise mit Rekordausgaben. Anstelle der selbstverordneten 3-prozentigen Ausgabensteigerung sind Sie jetzt schon bei 4,5 %. Gleichzeitig ist die Investitionsquote nur um einen Prozentpunkt gestiegen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie hätten die Einnahmensteigerung auch zur Kenntnis nehmen können!)

Ohne die Nullzins-Politik könnten Sie das alles nicht finanzieren. Nullzins bedeutet aber, dass Sparer um ihr Erspartes betrogen werden.

(Beifall bei der AfD)

Wenn die Zinsen steigen, wird die aktuelle Verschuldung unweigerlich in die Höhe schnellen. Damit bei steigenden Zinsen nicht das ganze System kollabiert, muss jetzt seitens des öffentlichen Sektors investiert, aber nicht konsumiert werden. Die schwarze Null bis 2030, ein feierlich selbst gestecktes Ziel, rückt damit in unerreichbare Ferne. Gleichzeitig sollen die Personalkosten im Staatshaushalt weiter steigen, und zwar um fast 2 Milliarden Euro pro Jahr. Im Jahr 2018 lagen die Kosten noch bei 23 Milliarden Euro, im Jahr 2020 sind es über 25 Milliarden Euro.

(Tobias Reiß (CSU): Sollen wir keine Lehrer und Polizisten einstellen?)

Das heißen wir grundsätzlich für gut. Wir wollen, dass die Staatsbediensteten für ihre gute Arbeit entlohnt werden. Aber braucht es wirklich eine Bayerische Grenzpolizei, wenn ihr die Befugnisse fehlen und an den meisten Grenzübergängen nach Österreich weiterhin keine Kontrollen stattfinden? – Jeder, der an der Grenze wohnt, weiß, dass die Grenzpolizei nur eine Beruhigungspille ist, die das Volk teuer bezahlen muss.

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Keine Ahnung!)

Damit niemand aufmuckt, lassen Sie über Bayern den warmen Regen staatlicher Mehrausgaben niedergehen. Es wird schon jeder zufrieden sein; denn irgendeine Subvention wird er schon abbekommen. Diese Einstellung gegenüber den Bürgern ist keine verantwortungsvolle Regierungspolitik. Erinnern Sie sich doch einmal daran, dass Sie Politik für den Bürger machen sollten. Dann haben Sie eine Richtschnur für sinnvolle Maßnahmen und Maßnahmen, die das Wohlergehen der zukünftigen Generationen in unserem Land gefährden.

Dass es Ihnen nicht so sehr um die Zukunft geht, sieht man auch an der leidenschaftslosen Behandlung des großen Themas Digitalisierung. Ministerpräsident Söder will sich mit dem Etat für Öffentlichkeitsarbeit selbst digital möglichst gut inszenieren. Wenn es aber darum geht, Verwaltungsstrukturen durch sinnvolle Digitalisierung so zu gestalten, dass die Bürger weniger Bürokratie und schnellere Dienstleistungen erhalten, darf auf der Technik schon etwas Staub angesetzt werden.

Wie lange wird diese Politik, die den wirklichen Interessen der Bürger widerspricht, noch gut gehen? – Jeder weiß doch, dass Sie zusammen mit den GRÜNEN versuchen, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, die deutsche Automobilindustrie, zu brechen. Die Konjunktur hat sich bereits abgeschwächt; auch durch Ihre falsche Industriepolitik. Bald wird es nicht mehr zu verleugnen sein. Niemand hat für den Abschwung vorgesorgt. Niemand ist und war bereit, Verantwortung zu übernehmen und vielleicht auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

(Tobias Reiß (CSU): Kassandra Ebner-Steiner!)

Irgendwann werden dann auch die vielen Wohltaten, an die Sie die Bevölkerung gewöhnt haben, nicht mehr finanziert sein. Spätestens dann werden die Menschen aufwachen. Den Scherbenhaufen werden aber nicht Sie, Herr Ministerpräsident Söder, sondern unsere fleißigen Bayern aufkehren müssen.

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Dazu gehören Sie nicht!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete. – Als Nächstem erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der FREIEN WÄHLER, Herrn Florian Streibl, das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werter Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Da bleibt einem wieder einmal die Spucke weg. Bei Herrn Hartmann müsste man sich fragen, in welchem Land er lebt. Bei Ihnen, Frau Ebner-Steiner, muss man fragen, in welchem Staat Sie leben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

An dieser Stelle kommt Ihr krudes Staatsbild zum Tragen, das anscheinend Ihre ganze Partei durchflutet. Sie kommen mit der Form des Freistaats und der parlamentarischen Republik, wie wir sie haben, nicht zurecht. Der Haushalt der Staatskanzlei ist keine Selbstdarstellung, sondern die Pflicht des Ministerpräsidenten, tätig zu werden. Es ist die Pflicht des Ministerpräsidenten, mit den Menschen und den Bürgern in unserem Land in den Dialog zu treten und sich ihre Sorgen und Nöte nicht nur digital, sondern auch analog anzuhören. Daraus werden Handlungen abgeleitet. Die Veranstaltung von Runden Tischen, um ins Gespräch zu kommen, ist ein legitimes Mittel. Dazu braucht man jedoch Dialog- und Kompromissbereitschaft. Das ist ein großer Wert, der die Politik ausmacht. Das sind Werte unserer Koalition, die die Zusammenarbeit sehr gut gestalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

An dieser Stelle möchte ich der Bayerischen Staatsregierung für die Arbeit, die sie für dieses Land leistet, danken. Ganz besonders danke ich dem Herrn Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter sowie dem Minister in der Staatskanzlei, Herrn Florian Herrmann. Ich danke ebenfalls dem Finanzminister, der das ganze Werk erarbeitet hat. Hier steckt wirklich viel Arbeit drin. Man merkt es: Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Koalitionsfraktionen und innerhalb der Regierung läuft bestens. Sie ist sehr vertrauensvoll. Das macht am Ende eine starke und gute Politik aus. Die 120 Millionen Euro für die Staatskanzlei sind im Kontext dieses Staatshaushalts beileibe nicht zu kurz gegriffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, ich danke auch speziell dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Zellmeier, und Herrn Pohl. Ich danke euch, dass ihr den Haushalt im Haus so zügig und zielgerichtet durchgebracht habt. Deshalb können wir den Haushalt jetzt beraten und verabschieden – ein herzliches Dankeschön dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, die Bayerische Staatskanzlei, der Ministerpräsident und sein Stellvertreter sind diejenigen, die das Gesicht Bayerns protokollarisch nach innen und außen repräsentieren. Ich muss sagen, es sind gute Gesichter. Es sind Gesichter, die Vertrauen im Land schaffen. Wir müssen in Bayern eine selbstständige und verlässliche Politik machen, eine Politik, die die Menschen abholt. Das geschieht hier. Die Bayerische Staatskanzlei hat jedoch nicht nur protokollarische, sondern auch viele andere Aufgaben. Dazu zählt die Arbeit in den bayerischen Vertretungen in Brüssel und Berlin. Dort müssen wir auch die bayerischen Interessen vertreten, damit Bayern im Herzen Europas als ein starkes und kräftiges Land auftritt, das bayerische Belange in Berlin, aber auch in Europa durchsetzt und damit die Politik dort kräftig mitprägt und mitgestaltet. Das wird gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In der Staatskanzlei ist die Stiftung "Wertebündnis Bayern" angesiedelt. Das geht vielleicht etwas unter. Sie ist eine Schlüsselstelle für uns in Bayern. Unsere bayerischen Werte, materielle und ideelle, sollen erhalten und weitergegeben werden. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe. Wir müssen wissen: Woher kommen wir? Was trägt uns? Wie können wir dadurch die Zukunft in Bayern gestalten? – Meine Damen und Herren, Tradition und Moderne sind bei uns kein Widerspruch, sondern gehören zusammen. Wir können aus der Geschichte schöpfen und lernen, um die Zukunft zu gestalten. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, die auch in der Staatskanzlei angesiedelt ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Bedeutung Bayerns wird im Bund wieder unterstrichen. Nach 16 Jahren hat der Bayerische Ministerpräsident wieder den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz inne. Mit seiner starken Stimme kann er die Interessen und Belange Bayerns durchsetzen. Die Arbeit, die die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen in der

kurzen Zeit geleistet haben, kann sich gut sehen lassen. Darauf können wir zu Recht ein Stück weit Stolz sein.

Es gab eine Kabinettsitzung, um die Aufgaben der Digitalisierung aufzunehmen und auch weiter voranzubringen; denn die Digitalisierung ist eine Sache, die unsere Gesellschaft am meisten verändert, vielleicht auch am meisten Ängste auslöst, unsere Gesellschaft aber auch am meisten voranbringen kann. Mehr als alle anderen Einflüsse kann sie innerhalb kürzester Zeit alles bei uns verändern. Deswegen ist es gut, wenn die Staatsregierung darauf einen Blick hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genauso gut ist es, dass es eine Kabinettsitzung zum Thema Antisemitismus gab. Nachdem sich wieder die braune Fratze des Antisemitismus in unserem Land zeigt, müssen wir dagegenhalten. Dies ist ein Seismograf dafür, wie der Zustand bei uns im Lande ist. Hier muss gegengesteuert werden; denn Freiheit, Gleichheit, aber auch Friede und Sicherheit in unserer Gesellschaft sind dann gefährdet, wenn der Antisemitismus wieder auf dem Vormarsch ist. Der Antisemitismus betrifft nicht nur eine kleine Gruppe in der Bevölkerung, sondern uns alle. Er geht uns alle an, weil er uns allen schadet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Eine große Leistung ist aber auch das gesamtgesellschaftliche Artenschutzgesetz, das Volksbegehren, das hier aufgegriffen wird. Nicht, dass man hier irgendetwas wegwischen möchte, sondern man möchte es verbessern. Man hat die Zeichen der Zeit erkannt und möchte noch mal nachlegen, nachschärfen und verbessern und es artengerechter machen, damit man hier nicht auf halbem Weg stehen bleibt. Von daher sehe ich in dem Zusammenhang nicht, dass man beim Klimaschutz nur reden und nichts tun würde. Der Klimaschutz ist eine Herausforderung, aber hier müssen natürlich auch die Ökologie und die Ökonomie in unserer Gesellschaft zusammengebracht

werden. Den Klimaschutz erreichen wir nicht mit weniger, sondern nur mit mehr Technik und mehr Ökonomie und Ökologie, sonst wird das Ganze nichts.

Ich bin der festen Überzeugung: Wir in Bayern haben die Kompetenzen; wir haben die intelligenten Geister, die sich neue Technologien ausdenken können; wir haben die Firmen, die es umsetzen können; wir haben auch das Geld im Land, um das voranzubringen. Dann kann Bayern der Motor in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und letztlich in der ganzen Welt für den Klimaschutz sein. Wir können Technologien entwickeln, die Exportschlager werden können. Wir brauchen diese auf der ganzen Erde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deshalb ist es nur richtig, dass die erste Auslandsreise des Ministerpräsidenten nach Afrika ging. Unser Nachbarkontinent im Süden leidet am meisten. Wer dort Wirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik macht, bekämpft aktiv Fluchtursachen. Deshalb ist es ebenfalls unsere Aufgabe, für die Menschen in Afrika da zu sein und Hilfestellung zu bieten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die Medienpolitik ist ebenfalls in der Staatskanzlei angesiedelt. Bayern ist der Medienstandort Nummer eins in Deutschland und soll es auch bleiben. Ein guter, unabhängiger Qualitätsjournalismus ist die Grundlage jeder Demokratie. Leute, die ihn als "Lügenpresse" verhöhnen, sind diejenigen, die die Demokratie abschaffen wollen. Deswegen brauchen wir hier einen starken Medienstandort,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

um unsere Sicherheit und Freiheit in Bayern zu verteidigen. Die Sicherheit ist ein Standortvorteil Bayerns. Die Menschen kommen hierher, weil sie hier sicher leben können und keine Angst um ihre Freiheit und ihr Eigentum haben müssen. Wenn man hier von Enteignung schwadroniert, ist das kontraproduktiv. Wenn man Unsicherheit

im Lande streut und Gefahren an die Wand malt, ist das ebenso kontraproduktiv. Wir sind ein sicheres, freies, aber auch gerechtes Land. Wir sind stolz auf unser Land Bayern. So soll es bleiben. Daran wird diese Koalition mitarbeiten. Diese Koalition trägt diese Regierung. Wir machen weiter so. Darauf kann sich dieses Land verlassen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU sowie des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Streibl. – Als Nächster erteile ich der Abgeordneten Natascha Kohnen für die SPD-Fraktion das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede heute einigen Leuten gedankt: dem Finanzminister und anderen Kabinettsmitgliedern. Das ist auch gut und richtig so. Aber einen Dank habe ich vermisst: den Dank nach Berlin, an die Bundesregierung, an Olaf Scholz als Finanzminister und an unsere Familienministerin Franziska Giffey.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Die müssen sich schon noch etwas anstrengen!)

Wenn man sich den konkreten Haushalt ansieht, Herr Reiß, stellt man fest: Wir haben Berlin durchaus eine ganze Menge zu verdanken. Sie versprechen den Bürgerinnen und Bürgern zum Beispiel eine Offensive in der digitalen Bildungspolitik. Das klingt gut. Wenn man aber in den Haushalt schaut, heißt das in der Praxis: Bayern verlässt sich auf den Digitalpakt des Bundes. Der Bund soll das finanzieren, während der Freistaat sein eigenes Förderprogramm gleichzeitig beendet.

(Alexander König (CSU): Wir wären blöd, wenn wir das ablehnen würden! Oder?)

Der Augsburger OB Kurt Gribl, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags und Ihr Stellvertreter im Parteivorsitz, Herr Söder, hat vor wenigen Tagen dazu gesagt – ich zitiere –:

Der Digitalpakt des Bundes entfaltet [...] nicht die beabsichtigte Wirkung, wenn sich Bayern aus der Förderung zurückzieht. Einen nachhaltigen Schub für die Digitalisierung unserer Schulen gibt es nur, wenn alle kräftig zusammen finanzieren. Das digitale Klassenzimmer ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Freistaat und Kommunen, damit alle Kinder in allen Regionen gleiche Bildungschancen erhalten. So lautete noch im letzten Sommer der formulierte gemeinsame Grundkonsens.

Damit hat Kurt Gribl völlig recht.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Grundkonsens haben Sie mit dem jetzigen Haushalt aufgekündigt.

(Tobias Reiß (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Statt den richtigen Ansatz des Bundes zu unterstützen und selbst noch etwas beizutragen,

(Tobias Reiß (CSU): Über 200 Millionen Euro!)

indem Sie zum Beispiel den bayerischen Schulen endlich die notwendigen Systembetreuer finanzieren, stehlen Sie sich aus der Verantwortung.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie hat den Haushalt nicht gelesen!)

– Oh! Wir haben den Haushalt sehr genau gelesen.

Ein anderes Beispiel: Sie versprechen den bayerischen Eltern eine Entlastung von den Kita-Gebühren, Herr Ministerpräsident. Auch das ist richtig und klingt gut. Wenn man aber in diesen Haushalt schaut, dann stellt man fest: Der Freistaat soll dafür gar

nicht bezahlen; die Finanzierung kommt aus dem Gute-KiTa-Gesetz der Bundesregierung, der SPD-Ministerin. Dann setzen Sie noch die Krone darauf: Bis das Geld aus dem Bundeshaushalt ausgezahlt wird, sollen bitte schön die bayerischen Kommunen bzw. die Träger der Kitas dieses Geld vorstrecken. Ich sage Ihnen: So geht es nicht! Auch hier gilt: Sie müssen doch die richtigen Initiativen des Bundes mit den eigenen Mitteln unterstützen, und es gibt doch so viel zu tun im Bereich der Kinderbetreuung, sei es der Ausbau der Kitas, gute Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher und kleinere Betreuungsschlüssel oder längere Öffnungszeiten. Das sind für uns als SPD ganz klare Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): Bravo!)

Das Gleiche, Herr Ministerpräsident, gilt doch auch beim Verkehr. Sie haben im Wahlkampf – darüber haben wir viel diskutiert – ein 365-Euro-Ticket für den Nahverkehr für alle angekündigt – aber nur in den Metropolregionen. Da hätten die ländlichen Räume tatsächlich in die Röhre geschaut. Wer sollte das damals finanzieren? – Das war aus Ihrer Sicht wiederum der Bund.

Heute, auch schon auf dem ÖPNV-Gipfel, kündigen Sie ein 365-Euro-Ticket für Azubis und Studierende an. Wenn man aber den konkreten Haushalt ansieht, sieht man, dass dazu nichts drinstehlt; da ist nichts für ein 365-Euro-Ticket vermerkt. Wie soll es also funktionieren?

(Harald Güller (SPD): Ankündigungspolitik!)

– Ja, man kann das auch Ankündigungspolitik nennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt könnten Sie natürlich sagen, das ist doch alles nur Etikette, wer was bezahlt ist doch egal. – Ich sage Ihnen: Es geht um mehr. Es geht darum, wie wir mit den Ängsten und Wünschen der Menschen tatsächlich umgehen. Wenn Sie in täglichen Gesprächen sind, begegnen Ihnen immer wieder Men-

schen, die sagen, die Politik soll es machen, die Politik soll ihnen helfen. Die Leute unterscheiden dabei nicht, welche Ebene oder welche Partei handeln soll.

Wir wissen alle: In unserem föderalen System und im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung können wir die wirklich großen Herausforderungen nur lösen, wenn alle Ebenen tatsächlich zusammenarbeiten. Digitale Bildungspolitik, Kinderbetreuung und Verkehrswende sind sehr große Herausforderungen. Deshalb ist es in meinen Augen unpassend, Herr Ministerpräsident, wenn Sie in Debatten so breitbeinig wie heute auftreten und erklären, dass die Staatsregierung eigentlich alles selber kann, und zwar grundsätzlich immer besser als alle anderen und sowieso besser als die Bundesregierung oder andere Landesregierungen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wenn es stimmt!)

Vor fünf Tagen geschah etwas, worüber ich mich echt geärgert habe. – Glauben Sie wirklich, dass das stimmt?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Absolut, absolut!)

– Dann studieren Sie mal Ihren Haushalt. – Vor fünf Tagen sagte der Ministerpräsident noch Richtung Berlin: "Es reicht nicht, nur den Koalitionsvertrag abzuarbeiten und immer neues Geld zu verteilen." Diese Aussage, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist angesichts des vorliegenden bayerischen Haushalts an Unehrlichkeit und Arroganz kaum zu übertreffen.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Nichts gelernt!)

Was heißt "Nichts gelernt!"? Ich möchte von Ihnen, dass Sie einfach begreifen, dass Sie das Geld, das der Bund verteilt – Sie sind an der Bundesregierung beteiligt –, hier nutzen sollen und sich mit den Initiativen profilieren. Das kann man ja machen. Aber Sie dürfen erstens nicht Ihren eigenen Haushalt schonen. Zweitens ist es doch unsere Aufgabe hier in Bayern, gute Initiativen der Regierung in Berlin, an der auch Sie beteiligt sind, mit eigener Schwerpunktsetzung zu unterstützen. Das gilt bei der Digitalisie-

rung, bei der Bildung, bei der Kinderbetreuung, bei der Verkehrswende. Das geht doch. Wenn wir so stark sind, dann können wir das, und gemeinsam ist man immer stärker. Die Bundesregierung, die Länder, die Kommunen: Wir sind doch "die Politik", die immer angesprochen wird. Sie kann eben mehr, als immer andere herunterzumachen und dabei zu versuchen, sich selber größer zu machen. Gemeinsamkeit statt Breitbeinigkeit!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass es auch bei uns Unsicherheit und Zukunftsangst gibt. Das gibt es auch in Bayern, auch wenn Sie, Herr Söder, vorhin gesagt haben, das gäbe es bei uns nicht. Sozialwissenschaftler sprechen sogar von einer Gesellschaft der Angst. Das erfahren wir auch tagtäglich in den Gesprächen, die wir führen. Ich glaube, diese Erfahrung macht jeder von uns. Unsere Aufgabe ist, diese Ängste zu nehmen. Dazu muss der Sozialstaat, den Herr Kreuzer, der jetzt nicht mehr da ist, vorhin angesprochen hat, auf Augenhöhe, als Partner agieren.

Was sind also die großen Herausforderungen unserer Zeit, die sich in einem solchen Haushalt breit widerspiegeln müssen? – Das sind die Investitionen in die Zukunft. Wir haben in Bayern den Spielraum dafür; ja, den haben wir. Für uns als SPD heißt das: Investitionen in die Kinder sind Investitionen in die Zukunft. Familien brauchen im Alltag eine Kita in ihrer Nähe. Die Erzieherinnen und Erzieher brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung. Unser Ziel muss am Ende die kostenfreie frühkindliche Bildung sein. Das spiegelt sich in diesem Haushalt eben nicht wider.

Investitionen in die Zukunft bedeuten auch Klimaschutz. Der Klimaschutz darf keine leere Worthülse bleiben, weder in den Städten noch auf dem Land.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Ja, wir bekommen eine Verkehrswende nur hin, wenn wir uns mehr in Richtung öffentliche Verkehrsmittel bewegen: über mehr Bus- und Tramlinien, einen dichteren Takt

und günstigere Tarife. Und wir wollen als SPD ein starkes Signal für unsere jungen Menschen im Land setzen, die in Ausbildung sind, die studieren, und zwar in diesem konkreten Haushalt. Deswegen können wir Sie nur bitten, unseren Antrag für ein kostenfreies Bildungsticket zu unterstützen – jetzt, hier und heute, in diesen Verhandlungen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Investitionen in die Zukunft bedeuten aber auch, dass jeder dort leben kann, wo er leben möchte. Wir müssen mit der Kraft des Sozialstaates in den Bereich des bezahlbaren Wohnraums hineingehen; ja, das müssen wir. Das heißt: Die Wohnungen, deren Sozialbindungen auslaufen, kann die bayerische haushaltführende Regierung kaufen, und sie kann die Sozialbindungen verlängern.

Zu der staatlichen Wohnbaugesellschaft, mein lieber Mann: Diese BayernHeim muss endlich echt in die Gänge kommen. Wir haben im Bauausschuss erlebt, was Intransparenz bedeutet; denn niemand kann uns wirklich sagen, was diese BayernHeim eigentlich im Moment tatsächlich macht. Angeblich kommt ein Aufklärungsbericht. Wir warten dringend darauf; denn der Bauminister geht mehr an die Presse, als dass er seinen eigenen Kolleginnen und Kollegen im Parlament im Moment etwas dazu sagt. Ich kann Ihnen nur sagen: Ran an die Buletten!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern werden auch älter. Das ist die Zukunft, aber das ist auch längst Gegenwart. Wir sind in der Verantwortung gegenüber der Generation, die uns und unser Land so stark gemacht hat. Deswegen sagen wir als SPD klipp und klar: Wir brauchen flächendeckende Pflegestützpunkte als Anlaufpunkte.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen sie als Anlaufpunkte, damit du in deinem täglichen Leben tatsächlich das bekommst, was du brauchst, damit du weißt, wo du hingehen musst, wenn Pflege ansteht oder du von Pflegebedürftigkeit selbst betroffen bist. Die Erfüllung dieses Versprechens haben wir schon so lange vor uns hergeschoben. Es wird immer wieder gegeben. Lassen Sie es uns jetzt erfüllen! Wir haben den Antrag dafür da. Pflegestützpunkte müssen flächendeckend kommen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE))

Wie schon ausgeführt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir den Zusammenhalt in unserem Land stärken wollen. Das schaffen wir eben nicht alleine auf Landesebene. Dafür brauchen wir die Städte und Gemeinden, und dafür brauchen wir auch den Bund. Deswegen, lieber Herr Ministerpräsident, heißt es: Kooperation statt Konfrontation. Wir haben hier in Bayern mehr finanziellen Spielraum als anderswo; ja, das stimmt. Diesen Spielraum müssen wir nutzen, um in unsere Zukunftsfähigkeit zu investieren. Diesen Spielraum müssen wir auch erhalten; ja, auch das stimmt. Aber in unseren Augen ist es falsch, dafür im Bund Steuersenkungen für Spitzenverdiener zu fordern. Deshalb muss in unseren Augen der Solidaritätszuschlag für die obersten zehn Prozent erhalten bleiben. Sie wissen genauso gut wie ich, Herr Söder: Wir sprechen wirklich von den Einkommensmillionären.

Die Leistungsträger ordnen Sie immer bei den oberen zehn Prozent ein. Die ordnen wir bei den Erzieherinnen und Erziehern ein, bei den Pflegerinnen und Pflegern. Sie gehören garantiert nicht zu den oberen zehn Prozent der Soli-Zahler, sondern sie gehören zu den neunzig Prozent, die denjenigen zehn Prozent helfen, die den Soli im obersten Bereich zahlen. Liebe Leute, das hat etwas mit Gerechtigkeit zu tun.

Deshalb lautet mein Appell an die Bayerische Staatsregierung: Die Herausforderungen mit unseren Kommunen und dem Bund gemeinsam meistern! Die finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten, statt in Berlin populistische Steuersenkungsdebatten zu führen! Hier in Bayern in unsere Zukunft investieren, in bessere Kinderbetreuung, be-

zahlbaren Wohnraum und in den Klimaschutz, durch Investitionen in das tägliche Leben! Schönen Gruß an Herrn Kreuzer, der nicht da ist; der hat das gefordert. Genau das tun wir, um den Zusammenhalt zu stärken und dafür zu sorgen, dass Sozialwissenschaftler in ein paar Jahren nicht mehr von einer Gesellschaft der Angst sprechen, sondern von einer Gesellschaft der Zuversicht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Kohnen. – Als Nächstem erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Martin Hagen, das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Der Einzelplan des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei, um den es zumindest formal bei diesem Tagesordnungspunkt geht, steht sinnbildlich für diesen Gesamthaushalt. Er zeigt beispielhaft, woran die Haushaltspolitik dieser Staatsregierung krankt: Ihnen sitzt einfach der Geldbeutel zu locker. In Ihrem Einzelplan zeigt sich das am massiven Aufbau von Personal: über 130 zusätzliche Stellen, eine Steigerung der Personalausgaben um satte 15 %. Im Gesamthaushalt sind es vor allem Ihre Wahlgeschenke, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die zu Buche schlagen.

Dem zu entkommen, war im vergangenen Jahr beinahe unmöglich. Man konnte als Bürger gar nicht so reich sein, dass man nicht doch noch irgendeine Sozialleistung von dieser Regierung abbekommen hat. Ich will nicht verhehlen, dass man sich als Leistungsempfänger darüber natürlich freut. Ich selbst habe vergangenes Jahr Post von Ihnen bekommen, einen Brief des Ministerpräsidenten an meine Frau und mich mit der Mitteilung, dass Sie uns jetzt monatlich 250 Euro schenken. Das ist schön, darüber freut man sich, bis einem klar wird, dass dieses Geld nicht Ihr Geld ist, sondern dass es das Geld der bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist und dass es neben diesem Familiengeld noch einen Strauß an Leistungen gibt, die Sie letztes

Jahr neu eingeführt haben: das Pflegegeld, das Baukindergeld, die Eigenheimzulage, den Hebammenbonus, die Wirtshaussubvention, zwei neue Behörden, eine Reiterstafel, eine Wohnungsbaugesellschaft und, und, und.

Herr Ministerpräsident, finanzieren können Sie diese Ausgaben mit den laufenden Einnahmen nicht. Der Haushaltsentwurf, den dieses Parlament in den vergangenen Wochen diskutiert hat, sah die Entnahme von mehreren Milliarden Euro aus den Rücklagen vor. Sie haben heute das Hohe Haus in Ihrer Rede mit einem Überschuss aus dem Vorjahr in Höhe von 4,2 Milliarden Euro überrascht, die wiederum in diese Rücklage fließen. Das ist eine gute Nachricht für unser Land. Herr Ministerpräsident, das ist auch – Hut ab – ein gelungener Coup. Den Haushaltsberatungen, die dieses Parlament seit dem März beschäftigen, hätte es aber sicherlich gut getan, wenn Sie die Abgeordneten, die Vertreter des Volkes, frühzeitig über die tatsächliche Kassenlage ins Bild gesetzt hätten.

(Beifall bei der FDP)

Das hat auch etwas mit Respekt zu tun. Aber Schwamm drüber. Mehr Geld ist grundsätzlich eine gute Nachricht. Herr Ministerpräsident, Sie sollten aber nicht davon sprechen, dass diese Staatsregierung Überschüsse "erwirtschaftet" hätte; denn dieses Geld wurde nicht von Ihnen erwirtschaftet. Erwirtschaftet wurde dieses Geld von den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen. Jeder Cent, den die Regierung mehr einnimmt, ist ein Cent, den sie den Steuerzahlern weggenommen hat.

(Beifall bei der FDP)

Alle Bundesländer haben im Jahr 2018 Überschüsse von insgesamt 22 Milliarden Euro vorzuweisen. Selbst "Sorgenkinder" wie Bremen und das Saarland weisen Überschüsse auf. Deshalb müssen wir feststellen: Der Staat nimmt den Bürgerinnen und Bürgern ganz offensichtlich mehr Geld ab, als er ausgeben kann. Deswegen ist es Zeit für eine steuerliche Entlastung.

(Alexander König (CSU): Da haben Sie völlig recht, aber das muss auf Bundes-
ebene gemacht werden!)

Frau Kohnen, Sie haben sich gegen diese Entlastung gestemmt, weil die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags Einkommensmillionären zugutekäme. Ich kann Ihnen nur raten: Sehen Sie sich einmal an, wer zu den zehn Prozent der oberen Einkommensbezieher gehört. Das sind nicht die Einkommensmillionäre, sondern Menschen, die bei den bayerischen Unternehmen BMW, Audi und Siemens arbeiten. Das sind ganz normale Menschen. Die obersten zehn Prozent sind nicht die Millionäre; das ist die Mitte der Gesellschaft. Diese zu entlasten, ist nur recht und billig.

(Beifall bei der FDP)

Die Regierung füllt jetzt die Rücklagen, aus denen sich dieser Doppelhaushalt bedient, wieder auf. Das ist gut. Fakt bleibt aber nichtsdestotrotz: Ihre Ausgaben werden durch die Einnahmen nicht laufend gedeckt. Sie werden vielmehr durch Überschüsse aus der Vergangenheit gedeckt. Auf solche Überschüsse sollten wir uns in Zukunft nicht verlassen. Ihre Rekordausgaben laufen nämlich weiter, wenn die Rekordeinnahmen einmal einbrechen sollten. Genau das ist das Problem.

Die CSU und die FREIEN WÄHLER haben hier einen Schönwetterhaushalt aufgestellt, und das in einer Zeit, in der die dunklen Wolken am Horizont der Konjunktur schon längst sichtbar sind. Unser Wirtschaftswachstum hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 2,8 auf 1,4 % halbiert. Bayern rutscht damit von der Spitze aller Bundesländer auf Platz 9 ab. Mit dem Brexit, mit Trumps Handelskrieg und dem einbrechenden Wachstum in China haben wir eine ganze Reihe von Risiken für unsere bayerische Exportwirtschaft. Der bevorstehende Strukturwandel in der Autoindustrie wird kein Land so hart treffen wie das unsere. Herr Ministerpräsident, die Freibierparty ist vorbei. Wir dürfen nicht nur über das Verteilen reden. Wir müssen endlich mal wieder etwas erwirtschaften.

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen reden aber SPD und GRÜNE über Enteignung, Kollektivierung und bedingungsloses Grundeinkommen – die völlig falschen Debatten zur völlig falschen Zeit. Bei aller Kritik an dieser Regierung ist das der Beweis dafür, dass man Ihnen unser Land auch nicht überlassen darf.

(Beifall bei der FDP)

Kevin Kühnerts Thesen über die Vergesellschaftung von Unternehmen wie BMW wurden in diesem Hause zu Recht sehr heftig kritisiert. Betrachten wir uns jedoch die Beteiligungen des Freistaats Bayern genau, stellen wir fest: Die Bayerische Seenschiffahrt und der Münchner Flughafen sind in staatlicher Hand. Das gilt auch für das Hofbräuhaus und die Brauerei Weihenstephan.

(Alexander König (CSU): Jetzt wird es sehr kleinteilig!)

Auch diverse Bäder und Casinos, die BayernLB und Dutzende weitere Unternehmen befinden sich in staatlicher Hand. Meine Damen und Herren, man könnte sagen: Ein Teil von Kevin Kühnerts Traum ist in Bayern schon längst Realität.

(Beifall bei der FDP – Alexander König (CSU): Entschuldigung, das ist jetzt Unsinn!)

Wir Freien Demokraten sagen: An Unternehmen, die der Staat nicht für die Erfüllung seiner notwendigen staatlichen Aufgaben braucht, sollte er auch nicht beteiligt sein. Lassen Sie uns mehr Privatwirtschaft wagen.

(Alexander König (CSU): Diese Beteiligungen sollten Sie erst einmal historisch erforschen!)

Meine Damen und Herren, die Staatsregierung schraubt die konsumtiven Ausgaben permanent hoch, tut aber bei den notwendigen Zukunftsinvestitionen zu wenig, bei Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation. Alleine in den letzten Wochen haben mir drei bayerische Hochschulpräsidenten unabhängig voneinander ihr Leid geklagt,

dass Zusagen, die ihnen von der Staatsregierung im Wahlkampf gemacht wurden, jetzt nicht eingehalten werden. Bei Lehrstühlen und Forschungsprojekten wird jetzt zurückgerudert. Bavaria One, das großspurig angekündigte Weltraumprogramm, verglüht in der Atmosphäre der politischen Realität. Über 700 Millionen Euro waren für die kommenden Jahre angekündigt. In den nächsten zwei Jahren werden gerade einmal 30 Millionen Euro in dieses ehemalige Prestigeprojekt fließen. Sehr geehrter Herr Dr. Söder, genauso viel Geld darf Ihr Wirtschaftsminister in diesem Zeitraum an Dorfwirtschaften verteilen. Ich sage Ihnen: Diese Regierung setzt ihre Prioritäten falsch.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede die Energiepolitik angesprochen. Sie haben vollkommen recht: Bayern steuert auf eine ungewisse Zukunft zu. Im Jahr 2022 werden die letzten AKWs vom Netz gehen. Der Bau der Stromtrassen stockt. Ein Ausbau der Windenergie findet nicht mehr statt. Nagelneue Gaskraftwerke wie in Irsching werden stillgelegt. Keiner weiß, wo in Zukunft der Strom für unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Industrie herkommen soll. Herr Ministerpräsident, wer trägt denn dafür die Verantwortung?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Hagen, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kohnen?

Martin Hagen (FDP): Am Ende gerne. – Wer trägt denn dafür die Verantwortung? Wer stellt denn seit Jahren in Bayern wie im Bund die Regierung? Welche Partei hat denn im Jahr 2011 gegen den Widerstand ihres damaligen Koalitionspartners für den schnellstmöglichen Atomausstieg plädiert? Welche Partei hat es denn seitdem versäumt, irgendwelche Alternativen sicherzustellen? – Die CSU war das. Sie sind verantwortlich, wenn hier die Lichter ausgehen. Sie sind die Blackout-Partei der bayrischen Politik.

(Alexander König (CSU): Jetzt wird es ziemlich platt!)

Dass Ihr Koalitionspartner den Bau der Stromtrassen SuedLink und SuedOstLink ablehnt, macht die Sache nicht besser. Sie haben kein Konzept. Wir werden es im Jahr 2022 erleben, dass wir bei diesem Thema riesengroße Probleme bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Wir kritisieren die Haushaltspolitik dieser Staatsregierung, weil sie in guten Zeiten zu viel Geld ausgegeben hat. Aber bei aller Kritik an der Haushaltspolitik dieser Staatsregierung

(Alexander König (CSU): Muss man sagen, dass sie klasse ist!)

müssen wir feststellen, dass die linke Opposition keinen Deut besser ist. Das wird Ihnen jetzt gefallen. Wir sind eine Opposition, die hin und wieder feststellt, dass Sie nicht alles ganz schlecht machen.

(Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Die GRÜNEN wollten auf diesen Rekordhaushalt noch einmal 920 Millionen Euro draufsatteln. Die SPD – haushaltspolitisch traditionell ohnehin ein unsicherer Kantonist – sprengt mit ihren Zusatzwünschen sogar die Milliardengrenze. Sie möchte 1,1 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben.

In diesem Haus gab es nur eine Fraktion, die mit ihren Änderungsanträgen ein Einsparungspotenzial von 1,1 Milliarden Euro aufgezeigt hat. Das war die FDP, die Stimme der Vernunft, die Stimme der haushaltspolitischen Solidität.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Hagen, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Hagen (FDP): Diese Stimme mag nicht immer populär sein, aber einer muss sie erheben, im Interesse der Steuerzahler, im Interesse der Zukunft und im Interesse kommender Generationen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender. – Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Lieber Herr Hagen, wenn Sie uns das Land nicht überlassen wollen, möchte ich eine kurze Erklärung von Ihnen, warum Sie vor eineinhalb Jahren vor dem Regieren davongelaufen sind.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Das ist eine schwierige Frage!)

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrte Frau Kohnen, ich danke Ihnen für die Gelegenheit, hier mit ein paar Mythen aufzuräumen. Ich darf den Landesgruppenchef der größten Fraktion in diesem Hause, Herrn Alexander Dobrindt, zitieren. Alexander Dobrindt hat im Oktober 2018 in einer Dokumentation des NDR über das Jamaika-Aus erklärt: Jamaika ist nicht an der FDP gescheitert, sondern am Unwillen der Kanzlerin Merkel, die FDP-Forderung nach Abschaffung des Soli zu erfüllen. Lesen Sie die Worte von Alexander Dobrindt nach. In diesem Punkt hat er recht.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Alexander König von der CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist wieder sehr deutlich geworden: Opposition ist kein Zuckerschlecken. Noch schwieriger ist sie natürlich in Ländern, in denen es her-

vorragend läuft, in denen es so gut läuft wie in Bayern. In diesen Ländern wirkt Opposition manchmal absurd, manchmal sogar ein bisschen schizophren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich beneide Sie da wirklich nicht. Frau Karl hat sinngemäß gesagt, es müsste mehr in die Weltraumforschung investiert werden. Da fällt mir die berühmte Rakete wieder ein, Bavaria One. Frau Karl, das ist ein konstruktiver und konkreter Vorschlag. Herr Hartmann hat mehr Fördermittel für Gebäudesanierungen gefordert. Dieser Vorschlag ist ebenfalls konkret und konstruktiv.

Wenn anschließend jedoch Fundamentalkritik geäußert wird – mit Sätzen von Herrn Hartmann, wie: Sie schaffen es nicht, die Weichen für Klima- und Artenschutz zu stellen, oder: Wachstum ist nicht alles, oder: Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik – dann, Kolleginnen und Kollegen, sind das Sprechblasen ohne konkreten Inhalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann zeigt das, dass die Opposition ideenlos und hilflos ist. Dann zeigt das, dass Sie, meine Damen und Herren, namentlich vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der SPD ja sowieso, nicht ansatzweise reif für die Verantwortung hier sind.

Herr Hartmann, natürlich ist Wachstum nicht alles. Aber es ist doch auch völlig klar, dass unsere zukunftsorientierte gute Politik ohne Wachstum nicht möglich wäre. Natürlich ist auch der dicke Geldbeutel, an dem sich – man kann es kaum glauben – Verschiedene gestoßen haben, wichtig; denn wir nutzen ihn konstruktiv für die Menschen in unserem schönen Bayernland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dieses Geld wird auch nicht für Wahlgeschenke ausgegeben, sondern es wird ganz konkret für Familien, für Kinder, für pflegende Angehörige, für mehr Lehrer, für mehr Polizisten, für wichtige Weichenstellungen im sozialen Wohnungsbau, für den ÖPNV usw. ausgegeben. Es ist natürlich Ihr gutes Recht, dagegen zu sein: gegen mehr Geld für die Familien, für die Kin-

der und für all die anderen Punkte, die ich angesprochen haben. Natürlich dürfen Sie hier jeweils sagen, dass Sie dagegen sind, aber doch bitte nicht mit Sprechblasen; besser wären konkrete Gegenvorschläge.

Meine Damen und Herren, wir von der CSU und den FREIEN WÄHLERN reden nicht nur, wir handeln. Die Menschen wissen nicht nur, dass es in Bayern gut läuft. Sie wissen vor allem auch, dass sie bei unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und seiner Staatsregierung, bei CSU und FREIEN WÄHLERN, die diese Politik alleine tragen, da Sie ja bisher alle Einzelanträge ablehnen, gut aufgehoben sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will noch hinzufügen: mit Ausnahme der FDP, die sich in der Regel enthält.

Jetzt kommt der entscheidende Punkt; bitte denken Sie mal darüber nach: Sie wissen das auch, Sie sagen es nur nicht. Sie wissen das alles auch, was die Bürgerinnen und Bürger wissen. Das ist auch der Grund dafür, warum Sie mit Ihrer manchmal krampfhaft aufgesetzten Fundamentalkritik nicht authentisch und glaubhaft rüberkommen. Meine Damen und Herren, glauben Sie mir: Das merken die Menschen im Land.

Bayern ist ein cooles Land. Herr Ministerpräsident, wir haben einen ganz coolen Ministerpräsidenten. Wir sind dafür sehr dankbar. Der Haushalt ist die Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Politik dieser von CSU und FREIEN WÄHLERN getragenen Staatsregierung. Sie haben jetzt noch die Chance zuzustimmen. Sie würden damit Gutes auch für sich selbst tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege König. – Das Wort hat Herr Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Ritt durch die vielen Themenwelten unserer Regierungsarbeit

möchte ich mich als Vorsitzender des Europaausschusses auf ein Thema konzentrieren: Europa. Dieses Thema fällt im Haushalt ja unter die Zuständigkeit der Staatskanzlei. Ich darf als Vorsitzender des Ausschusses einen Dank an Florian Herrmann, den zuständigen Minister, vorausschicken. Ich bin überzeugt, die gute Zusammenarbeit tut uns allen gut. Wir ziehen an einem Strang, und das ist gut für Bayern, gut für Europa.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn ich von den Investitionen in Richtung Europa spreche, dann spreche ich von zwanzig Millionen Euro, die dafür im Staatshaushalt zur Verfügung stehen. Ich spreche aber vor allem davon, dass wir das Konzept eines Drei-Säulen-Modells haben, wie wir investieren: Wir investieren in Europa Geld, wir investieren Hirn, und wir investieren Herz. Das ist unser Dreiklang, mit dem wir Bayern Europa gestalten wollen und aktiv gestalten. Dabei ist entscheidend, dass wir nicht nur irgendwie gestalten, sondern CSU und FREIE WÄHLER haben gemeinsam eine klare Vision, wohin es mit Europa gehen soll; denn gerade das braucht Europa: starke Kräfte, die wissen, wohin es mit Europa gehen soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Für uns ist dabei eines entscheidend: Wir Bayern im Herzen Europas sehen uns als Brückenbauer. Dabei sind sowohl die regionalen Beziehungen zu unseren Nachbarregionen Tschechien und Österreich als auch die Beziehungen zu ganz Europa entscheidend. Es hilft nicht, in Europa nur noch übereinander und nicht mehr miteinander zu reden. Wir in Bayern sehen uns als die, die nach ganz Europa Brücken bauen. Wir wollen unseren Beitrag dafür leisten, dass Europa zusammenbleibt, zusammensteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich merke, dass gerade in einer Zeit, in der sich die Nationen in Europa gegenseitig blockieren und in der es nicht vorangeht, die Regionen in Europa eine klare, gute und konstruktive Rolle spielen. Ich kann nach den Erfahrungen der letzten 200 Tage seit

der Wahl sagen: Bayern hat da nicht nur eine konstruktive Rolle inne. Wir nehmen eine federführende Rolle im Spiel der Regionen in Europa ein. Wir gestalten Europa.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein Motor, ein Aushängeschild, eine Visitenkarte unserer bayerischen Arbeit in Brüssel und Straßburg, vor allem in Brüssel, ist unsere Bayerische Vertretung. An dieser Stelle darf man auch einmal den dreißig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die in Brüssel für Bayern die Fahne hochhalten, unsere Interessen vertreten, die unsere Antenne sind. Sie sitzen in Brüssel für die Ministerien, es sitzen aber auch zwei Leute für den Landtag dort. Diese Leute leisten wirklich gute Arbeit. Dafür ein herzliches Vergelt's Gott.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dafür sprechen auch die Zahlen. Wenn ich sage, 30 Mitarbeiter, 300 Veranstaltungen und 12.000 Besucher pro Jahr, dann können wir darauf stolz sein. Die Bayerische Vertretung ist in diesem europäischen Komplex wirklich wie ein kleines gallisches Dorf. Wir bewegen auch da Europa.

(Alexander König (CSU): Aber das schönste gallische Dorf dort!)

– Das schönste gallische Dorf der Welt! Da hat der Kollege König vollkommen recht. – Ich muss auch sagen, dass wir als FREIE WÄHLER und CSU eine klare Idee von Europa haben. Wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, ein Europa der Werte, ein Europa der Regionen und ein Europa des Mittelstands, das nicht nur in Hinterzimmern und Sonntagsreden funktioniert, sondern wirklich ganz konkret handelt und liefert; denn das wollen die Leute von uns.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich habe es hier schon mal gesagt: Wir brauchen dafür fünf "R", die ich immer wieder wiederhole. Wir brauchen für die Zukunft Europas mutige Reformen, klare Regeln, ge-

sunden Realismus, starke Regionen und endlich wieder mehr Respekt voreinander. Das wünsche ich mir, und hier investieren wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gotthardt. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/639, 18/778 und 18/779, 18/847 mit 18/851, 18/853 mit 18/855, 18/867 mit 18/869, 18/928 und 18/929 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1760.

Zuerst ist in namentlicher Form über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen" auf Drucksache 18/867 abzustimmen. Die Urnen sind bereitgestellt, die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 13:48 bis 13:53 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt und die Sitzung bis zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung von 13:54 bis 13:56 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung wird wieder aufgenommen, und ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeföhrten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen" auf Drucksache 18/867 bekannt: Mit Ja haben 75 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben

98 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1760 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen FREIE WÄHLER und CSU. Gegenstimmen bitte ich in der gleichen Weise anzuzeu- gen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen! – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungs- anträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflich- tungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Frak- tionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordne- te Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen!

– Ich wiederhole die Abstimmung noch einmal, weil die SPD-Fraktion sich anders entschieden hat. Noch einmal: Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) hat auch zugestimmt. Gegenstimmen! – Es gibt keine Gegenstimmen. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der AfD. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1760 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/928 und 18/929 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 02 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion FDP; Haushalt 2019/2020; hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen (Kap. 02 03 Tit. 536 04) (Drucksache 18/867)

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|---|----|------|---------------|
| Adelt Klaus | X | | |
| Adjei Benjamin | X | | |
| Aigner Ilse | | X | |
| Aiwanger Hubert | | | |
| Arnold Horst | | | |
| Aures Inge | | | |
| | | | |
| Bachhuber Martin | X | | |
| Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter | | | |
| Bauer Volker | X | | |
| Baumgärtner Jürgen | X | | |
| Prof. Dr. Bausback Winfried | X | | |
| | | | |
| Bayerbach Markus | X | | |
| Becher Johannes | | | |
| Becker Barbara | | X | |
| Beißwenger Eric | | X | |
| Bergmüller Franz | X | | |
| Blume Markus | | X | |
| Böhm Martin | X | | |
| Bozoglu Cemal | X | | |
| Brannekämper Robert | | X | |
| Brendel-Fischer Gudrun | | X | |
| von Brunn Florian | X | | |
| Dr. Büchl Markus | X | | |
| Busch Michael | | | |
| | | | |
| Celina Kerstin | X | | |
| Dr. Cyron Anne | X | | |
| | | | |
| Deisenhofer Maximilian | X | | |
| Demirel Gülsener | X | | |
| Dorow Alex | | X | |
| Dremel Holger | | X | |
| Dünkel Norbert | | X | |
| Duin Albert | X | | |
| | | | |
| Ebner-Steiner Katrin | X | | |
| Eck Gerhard | | | |
| Eibl Manfred | | X | |
| Dr. Eiling-Hüting Ute | | | |
| Eisenreich Georg | | | |
| Enders Susann | | X | |
| Enghuber Matthias | | X | |
| | | | |
| Fackler Wolfgang | | X | |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|--------------------------------|----|------|---------------|
| Dr. Faltermeier Hubert | | X | |
| Fehlner Martina | | X | |
| Fischbach Matthias | | | |
| Flierl Alexander | | X | |
| Flisek Christian | | | |
| Franke Anne | | X | |
| Freller Karl | | | |
| Friedl Hans | | X | |
| Friedl Patrick | | X | |
| Fuchs Barbara | | X | |
| Füracker Albert | | X | |
| | | | |
| Ganserer Markus (Tessa) | | | |
| Gehring Thomas | | X | |
| Gerlach Judith | | | |
| Gibis Max | | X | |
| Glauber Thorsten | | | |
| Gotthardt Tobias | | X | |
| Gottstein Eva | | X | |
| Graupner Richard | | X | |
| Grob Alfred | | | X |
| Güller Harald | | X | |
| Guttenberger Petra | | | |
| | | | |
| Häusler Johann | | X | |
| Hagen Martin | | X | |
| Prof. Dr. Hahn Ingo | | X | |
| Halbleib Volkmar | | X | |
| Hanisch Joachim | | | X |
| Hartmann Ludwig | | | |
| Hauber Wolfgang | | | X |
| Haubrich Christina | | X | |
| Henkel Uli | | X | |
| Herold Hans | | | X |
| Dr. Herrmann Florian | | X | |
| Herrmann Joachim | | | X |
| Dr. Herz Leopold | | | X |
| Dr. Heubisch Wolfgang | | | |
| Hierneis Christian | | X | |
| Hiersemann Alexandra | | | |
| Hintersberger Johannes | | X | |
| Högl Petra | | | X |
| Hofmann Michael | | | X |
| Hold Alexander | | | X |
| Holetschek Klaus | | | X |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|----------------------------------|----|------|---------------|
| Dr. Hopp Gerhard | | X | |
| Dr. Huber Marcel | | X | |
| Dr. Huber Martin | | X | |
| Huber Thomas | | | |
| Huml Melanie | | X | |
| Jäckel Andreas | | X | |
| Dr. Kaltenhauser Helmut | X | | |
| Kaniber Michaela | | X | |
| Karl Annette | X | | |
| Kirchner Sandro | | X | |
| Klingen Christian | X | | |
| Knoblach Paul | X | | |
| Köhler Claudia | X | | |
| König Alexander | | X | |
| Körber Sebastian | X | | |
| Kohler Jochen | | X | |
| Kohnen Natascha | X | | |
| Krahl Andreas | | | |
| Kraus Nikolaus | | X | |
| Kreuzer Thomas | | X | |
| Kühn Harald | | X | |
| Kurz Susanne | X | | |
| Ländner Manfred | | | |
| Lederer Otto | | X | |
| Lettenbauer Eva | X | | |
| Löw Stefan | X | | |
| Dr. Loibl Petra | | X | |
| Ludwig Rainer | | X | |
| Magerl Roland | X | | |
| Maier Christoph | X | | |
| Mang Ferdinand | | | |
| Mannes Gerd | X | | |
| Markwort Helmut | X | | |
| Dr. Mehring Fabian | | X | |
| Dr. Merk Beate | | X | |
| Miskowitsch Benjamin | | X | |
| Mistol Jürgen | X | | |
| Mittag Martin | | X | |
| Monatzeder Hep | X | | |
| Dr. Müller Ralph | | X | |
| Müller Ruth | | X | |
| Muthmann Alexander | X | | |
| Nussel Walter | | X | |
| Dr. Oetzinger Stephan | | X | |
| Osgyan Verena | X | | |
| Pargent Tim | X | | |
| Prof. Dr. Piazolo Michael | | | |
| Pittner Gerald | | X | |
| Plenk Markus | | X | |
| Pohl Bernhard | | X | |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|------------------------------|----|------|---------------|
| Pschierer Franz Josef | | X | |
| Radler Kerstin | | X | |
| Radlmeier Helmut | | X | |
| Rauscher Doris | X | | |
| Regitz Barbara | | X | |
| Reiß Tobias | | X | |
| Dr. Rieger Franz | | X | |
| Rinderspacher Markus | X | | |
| Ritter Florian | X | | |
| Rüth Berthold | | X | |
| Dr. Runge Martin | X | | |
| Sandt Julika | X | | |
| Sauter Alfred | | X | |
| Schalk Andreas | | X | |
| Scharf Ulrike | | X | |
| Schiffers Jan | X | | |
| Schmid Josef | | X | |
| Schmidt Gabi | | X | |
| Schöffel Martin | | X | |
| Schorer Angelika | | X | |
| Schorer-Dremel Tanja | | X | |
| Schreyer Kerstin | | X | |
| Schuberl Toni | X | | |
| Schuhknecht Stephanie | X | | |
| Schulze Katharina | X | | |
| Schuster Stefan | X | | |
| Schwab Thorsten | | X | |
| Dr. Schwartz Harald | | X | |
| Seidenath Bernhard | | | |
| Seidl Josef | | | |
| Sengl Gisela | X | | |
| Sibler Bernd | | X | |
| Siekmann Florian | | X | |
| Singer Ulrich | | X | |
| Skutella Christoph | | X | |
| Dr. Söder Markus | | | |
| Sowa Ursula | | X | |
| Dr. Spitzer Dominik | | X | |
| Stachowitz Diana | | X | |
| Stadler Ralf | | X | |
| Steinberger Rosi | | X | |
| Steiner Klaus | | | X |
| Stierstorfer Sylvia | | | X |
| Stöttner Klaus | | | X |
| Stolz Anna | | | X |
| Straub Karl | | | X |
| Streibl Florian | | | X |
| Dr. Strohmayer Simone | | | |
| Stümpfig Martin | | | |
| Swoboda Raimund | | | X |
| Tasdelen Arif | | | |
| Taubeneder Walter | | | X |
| Toman Anna | | X | |
| Tomaschko Peter | | | X |

| Name | Ja | Nein | Enthalte mich |
|-----------------------------------|----|------|---------------|
| Trautner Carolina | | X | |
| Triebel Gabriele | X | | |
| Urban Hans | X | | |
| Vogel Steffen | | X | |
| Wagle Martin | | X | |
| Waldmann Ruth | X | | |
| Prof. Dr. Waschler Gerhard | | X | |
| Weidenbusch Ernst | | X | |
| Dr. Weigand Sabine | X | | |
| Weigert Roland | | X | |
| Westphal Manuel | | X | |
| Widmann Jutta | | X | |
| Wild Margit | X | | |
| Winhart Andreas | X | | |
| Winter Georg | | X | |
| Zellmeier Josef | | | |
| Zierer Benno | | | |
| Zwanziger Christian | X | | |
| Gesamtsumme | 75 | 98 | 0 |

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Verdoppelung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/778
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Dauersubventionierung des Lokalfernsehens beenden
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 18/779
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/847
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
(Kap. 02 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/848
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume einschl. Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft
(Kap. 02 03 Tit. 517 51)
Drs. 18/849
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 18/850
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, insbesondere der Eine-Welt-Arbeit
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 18/851
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Akademie der Bayerischen Presse e. V.
(Kap. 02 05 Tit. 686 01)
Drs. 18/853

- | | |
|---|---|
| <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushalt 2019/2020; hier: Zuschüsse an die Bayerische Akademie für Fernsehen und Digitale Medien (Kap. 02 05 Tit. 686 02) Drs. 18/854</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) Haushalt 2019/2020; hier: Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung im Medienbereich (Kap. 02 05 Tit. 686 03) Drs. 18/855</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayer, Florian von Brunn u.a. SPD Haushalt 2019/2020; hier: Ausbau des „Eine Welt-Promotorinnenprogramms“ zur Förderung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit (Kap. 02 03 Tit. 682 53) Drs. 18/639</p> | <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP) Haushalt 2019/2020; hier: Kosten des Beaufragten für Bürgeranliegen (Kap. 02 03 Tit. 536 04) Drs. 18/867</p> <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP) Haushalt 2019/2020; hier: Planmäßige Beamte (Kap. 02 01 Tit. 422 01) Drs. 18/868</p> <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP) Haushalt 2019/2020; hier: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Kap. 02 01 Tit. 428 01) Drs. 18/869</p> |
|---|---|